

DOKUMENTE ZUM KONFLIKT BISCHOFVIKAR MÜLLERS

MIT VOLKS- UND REICHSDEUTSCHEN STELLEN

mitgeteilt von G. Schmidt-Tomka

2 In der falschen Annahme, sein Rücktritt würde von reichsdeutschen hohen politischen Stellen begrüsst, ja gewünscht, reichte am 16. Dezember 1940 D. Dr. Viktor Glondys, der seit November 1932 amtierende Sachsenbischof, sein Pensionierungsgesuch beim Landeskonsistorium in Hermannstadt ein. Die Gegner des ersten Landesbischofs der Evangelischen Lutherischen Kirche Rumäniens nicht sächsischen Ursprungs durften nun einen lang herbeigesehnten und nicht immer mit fairsten Mitteln errungenen Sieg feiern.¹

Die Satzungsgemäss gebildete, aus kirchlichen und weltlichen Wahlmännern bestehende Landeskirchenversammlung erhob am 16.2. 1941 in Hermannstadt mit absoluter Mehrheit im geheimen Wahlverfahren den erklärten Vertrauensmann der Volksgruppenführung und wegen Ungehorsams suspendierten Geistlichen und damaligen Kulturamtsleiter der deutschen Volksgruppe in Rumänien zum 33. Landesbischof. (Fackel)

Von den 105 Anwesenden Stimmberechtigten votierten 60 für den Nationalsozialisten und der theologischen Auffassung der deutschen Christen nahestehenden Staedel; 37 für den Bischofsvikar D. Dr. Friedrich Müller, der eigentlich seines Amtes wegen aus Traditionsgründen ursprünglich die meisten Aussichten gehabt hatte, gewählt zu werden. Weiterhin erhielten Stadtpfarrer Dr. Möckel 5, und Dr. Wagner, Pfarrer in Schäsburg und Pfarrer Göckler in Wierthelm je eine Stimme; ein Zettel wurde leer in die Wahlurne gelegt.²

Dem uneingeweihten Beobachter oder Betrachter der Vorgänge dürfte ein derartiges Ergebnis sicher als untrüglicher Beweis für die Popularität des Wahlsiegers und die Unbeliebtheit des Verlierers erscheinen. Werfen wir aber einen Blick hinter die Kulissen und analysiert man die Resultate des Nominierungsverfahrens für das Bischofsamt, so wird sich das scheinbar günstige Bild zum Nachteil Staedels wesentlich verdüstern und es lassen sich Nachweise liefern, dass nicht er, sondern sein Wahlgegner, Bischofsvikar Müller, erheblich grössere Sympathie bei

den, durch Parteilbefehl noch nicht unter Druck gesetzten Gläubigen besass!

In einer Aufzeichnung lautet es:

"Zuverlässig wird mir folgendes mitgeteilt:

Bei der Abstimmung der Gemeinden in Rumänien über die Bischofskandidaten ergab sich folgendes Bild:

199 Gemeinden Bischofsvikar Müller

99 Gemeinden Pfarrer Staedel

92 Gemeinden Pfarrer Göckler

~~85~~ 90 Gemeinden Pfarrer Möckel

Bei der faktischen Stimmzahl macht die Reihenfolge

1. Bischofsvikar Müller 2. Pfarrer Möckel 3. Pfarrer Göckler
4. Pfarrer Staedel.

Die Bezirkskirchenversammlungen zeigen folgendes Bild:

Erste Stelle Müller, zweite Stelle Möckel, dritte Stelle Göckler und vierte Stelle Staedel.

Erst durch ein Eingreifen durch H. Wolf, der die Fraktion des Landeskonsistoriums ehrenwörtlich zur Wahl Staedels verpflichtete, kam das schliessliche Ergebnis zustande ..."³

Jene kompromissbereiten Kreise, die trotz schwersten Bedenkens notgedrungen und aus taktischen Gründen ⁴ für Staedel votierten, der in normalen, nicht ausserordentlichen Zeiten und bei politisch unbeeinflusster Durchführung der Wahlen für diesen Posten nie in Frage gekommen wäre, und darin einen Silberstreifen am Horizont zu erblicken glaubten, waren bald um eine ~~Exakt~~ bittere Enttäuschung reicher.

Schmidt und seine ^{Leute} ~~Männer~~ ziehen gegen die profiliertesten und bekanntesten Männer der Kirche zu Felde, sie bezeichnen sie als Feinde des Reiches, als Saboteure und anderes Mehr. Der für seine lutherische ^{deutsche} Volkskirche stest kampfbereite Bauernsohn Müller kann unmöglich schweigen und schiesst in einer Schärfe zurück, an deren Berechtigung man sicher zum Zweifeln geneigt ist. Doch sein Kampf selbst ist gerechtfertigt.

Er nützt sämtliche verfügbaren Möglichkeiten seiner Stellung, der Wortverkündigung und der Rundschreiben aus, um die bedingungslose Übergabe der Schulen und des Kirchenvermögens an die Volksgruppe, also die Zerstörung der Landeskirche zu verkettern.

Auch durch schärfste Attacken lässt sich dieser tapfere Vertreter der Interessen seiner Mutterkirche keinen Maulkorb aufzwingen. In seiner Seele vollzieht sich bald die bereits früher bemerkbare weltanschauliche Wandlung. Aus dem Saulus wird ein Paulus; aus dem Nazisympathisanten ein Antinazi, der alles, was mit dieser Richtung zusammenhängt, mit Animosität und Skepsis betrachtet. Als charakterfester Mann zieht er auch die einzig richtige Konsequenz seines Richtungswechsels und meldet Schmidt und auch dem Leiter der VOMI, Obergruppenführer Lorenz, seinen Verzicht auf die Parteianwartschaft an.

Um das Geschilderte zu untermauern, lasse ich nachstehend aussage- und beweiskräftige Dokumenten~~en~~ folgen, die aus dem abseitsliegenden Archiv des K.A.⁵ stammen und der Öffentlichkeit kaum bekannt sein dürften. Ich glaube dabei, auf eingehendere Kommentare verzichten zu dürfen.

I. Einer 14 Stücke umfassenden Dokumentation entnommener Situationsbericht:

"Herrn

Hermannstadt, 10. Dez. 1941

Bischof D. Theodor H e c k e l

Sehr verehrter Herr Bischof!

Der Angriff zur Zerstörung unserer Volkskirche, der über ein Jahr lang durch ihre Einschnürung von Macht- und taktischen Positionen her sowie durch propagandistische Vernebelung der Gewissen und Dienstbarmachung von Männern der Kirche vorbereitet worden ist, hat nun offen begonnen. Wie die Vorbereitung im Einzelnen unterbaut und angelegt war, konnte ich Ihnen schon bei unserer Begegnung persönlich darlegen.⁶

Das Wesentliche in den gegenwärtigen Ereignissen entnehmen Sie am Besten dem Aufruf, den ich als Notschrei den Gliedern meiner Gemeinde vielfältigt habe zustellen lassen.⁷ Dass die Vielfältigung nicht einwandfrei gelungen ist, liegt an der Einschnürung, unter der wir hier arbeiten, und an der dadurch bewirkten Eile der Herstellung. Z.B. wurden diese Aufrufe ~~schon~~ schon am dritten Tage, nachdem sie von treuen Gemeindegliedern und wenigen Bediensteten der Gemeinde an einem kleinen Teil derselben aufgeteilt worden waren, von den Amtswaltern der Volksgruppenführung wieder einzusammeln versucht. Dadurch wurde allerdings erreicht, dass nun alle Gemeindeglieder aufmerksam gemacht sind, die den Amtswaltern nicht abgelieferten Aufrufe von Hand zu Hand wandern und von mir dauernd neue verlangt werden, -eine Wirkung, die ich ohne diese Gegenwirkung nicht hätte erzielen können,

da ich über keinen durchgreifenden "Apparat" verfüge.

Auf alle Fälle bitte ich die Leitung des Centralvorstandes des Gustav Adolf-Vereines in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen. Desgleichen Freiherrn von Wilmowski und Herrn Bürgermeister a.D. Winkler. Auch würde ich Gewicht darauf legen, dass Sie, wenn es sich diskret tun lässt, eine Ausfertigung des Aufrufes dem früheren Bukarester Legationssekretär von Haefen, Neffe von Brauchitsch, zukommen lassen könnten. Könnte Freiherr von Wilmowski nicht auch Lammers informieren, der mich persönlich kennt und früher Denkschriften von mir sehr hoch bewertet hat? Ob und wie Sie das Reichskirchenministerium in Kenntnis setzen, wissen natürlich Sie am besten, wie auch meine obigen Wünsche ~~x~~ nur als solche gemeint sind und ich es Ihnen überlasse, was Sie für uns tun können.

Damit ~~x~~ Sie die durch die Forderung der Volksgruppenführung nach Übergabe der Schulen - im "kalten Verfahren" zu einem Mittel der Kirchenzerstörung umgewandelt - ausgelösten Wirkungen einigermaßen überblicken können, will ich das im Augenblick erkennbare nachstehend kurz kennzeichnen. Ich betone allerdings, dass die Dinge sich sozusagen stündlich wandeln, das im Folgenden Anzuführende also nur für den gegenwärtigen Zeitpunkt gilt.

Bischof Staedel hat, als man ~~xxxxx~~ erstmals auf Grund des neuen Dekret-Gesetzes die Übergabe der Schulen samt dem Kirchenvermögen von ihm forderte, die Anliegen der Kirche zu vertreten versucht. In einer Vorberatung über den ersten Entwurf zum Übergabe-Abkommen, den ihm der Staatsführer im Namen des Volksgruppenführers am 13. November l.J. überreicht hatte, konnte ich ihn durch Klarlegung der Konsequenzen aus den ihm aufgedrängten Schritten zur Aufraffung bewegen. Er fuhr noch am demselben 14. November, an dem wir im engsten Kreis diese Beratung hatten, selbst zum Volksgruppenführer. Die neue Taktik, die sein Aufraffungsversuch auslöste, hat er allerdings nicht durchsehen oder sich ihr dienstfertig gefügt. Er kam mit besten Hoffnungen zurück, liess durch Fachbearbeiter und Sachkennner der Kirche einen eigenen Entwurf zum Abkommen ausarbeiten, den er sich zu eigen machte und mit handschriftlichen Aenderungen als den seinen dem Volksgruppenführer überreichte, Dieser aber verhandelte gar nicht mehr mit ihm, liess durch zwei, völlig dilletantische, eigene Betraute dem als Anlage B hier beigefügten Beschlussantrag ausarbeiten und befahl dem Bischof die telegraphische Einberufung des Landeskonsistoriums auf den 20. November l.J. /Jahrestag des gesetzlichen Anerkennung der Volksgruppe/. Der Bischof fügte nicht nur sich, sondern vertrat selbst in der Sitzung des Landeskonsistoriums als Referent diesen Beschluss-

antrag. Die der Partei angehörigen oder als Anwärter in Bewährungsfriedt geführten Mitglieder des Landeskonsistoriums wurden zwei Stunden vor dessen Sitzung in den Räumen der Gebietsleitung der Volksgruppe zur Fraktionssitzung versammelt, wobei ihnen der Parteibefehl erteilt wurde, für die unveränderte Annahme des Beschlussantrages zu stimmen. Ausser mir haben sich vom Parteizwang noch freigemacht oder standen schon vorher nicht mehr unter ihm: Landeskirchenkurator Dr. Hans Otto Roth und die Pfarrer Binder /Dechant des Schelker Bezirkes/, Möckel /Stadtpfarrer in Kronstadt/, Seraphin /Vorsitzender des Pfarrervereines/, Wagner /Stadtpfarrer in Schässburg/. So ging jener Beschlussantrag gegen diese sechs Stimmen mit zwölf Ja-Stimmen durch.

Vorher aber begann ein sehr eigenartiges Intermezzo. Der Bischof las vor Eintritt in die Verhandlung die in der Amlage C beigefügte Verordnung des Volksgruppenführers vor. Diese stellt einen Bluff dar, da das Dekret-Gesetz über die Begründung der Deutschen Volksgruppe für Verordnungen des Volksgruppenführers, die für die Angehörigen der Volksgruppe bindend sein sollen, die Genehmigung des Staatsführers verlangt, welche aber hier fehlt. Eine Erörterung der von Landeskirchenkurator Dr. Hans Otto Roth aufgeworfenen Fragen, wie weit die Deutsche Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit rechtlich schon funktionsfähig sei, wurde unmöglich gemacht, indem nach Abgabe einer die Sachzusammenhänge und Ziele beleuchtenden Erklärung durch mich /im Wesentlichen das enthaltend, was in der ersten Beilage zu meinem Aufruf gesagt ist/vom Fraktionsführer der Beschluss auf Schluss der Debatte erzwungen wurde; Dr. H. O. Roth konnte dann allein noch sprechen, weil er auf der Rednerliste schon vorgemerkt worden war. Noch eigenartiger war nachher Folgendes: Unter den Adressaten der Verordnung des Volksgruppenführers steht das katholische Bistum in Temeschburg vor unserer Landeskirche; tatsächlich ist ihm damals die Verordnung gar nicht zugegangen; vielmehr erhielt es sie nachher zugleich mit dem unserem Landeskonsistorium aufgezwungenen Beschluss, womit wir zugleich als Vorspann zur Unterdrucksetzung der Katholiken dienen sollten.* Was die Katholiken tun, ist noch nicht eindeutig zu erkennen. es ist ein Kurier des Nuntius nach Rom abgegangen, und die Entscheidung über ihre Haltung wird wohl dort erfolgen. Soviel ist erkennbar, dass sie die Vermögenswerte keinesfalls mit übergeben. Auch wird angenommen, dass sie mindestens die besonders gut ausgestatteten Klosterschulen im Banat weiter aufrechterhalten /ein guter Teil auch der Mädchen aus wohlhabenden Bauernhäusern wird dort erzogen./.-Überdies sieht es so aus, als weigere sich auch der Staat mit Erfolg, die verkrüppel-

ten Staatsschulen für deutschen Kinder im Banat in den neuen, von der Volksgruppe beeinflussbaren Typus überzuführen. So wird also das Bild der deutschen schulerziehung im Banat noch bunter werden, als es schon bisher war. Und das einzige Argument, das man in Siebenbürgen zugkräftig anwenden konnte, dass man um des einheitlichen Volkswerdens willen den Banatern die Nationalschule möglich machen müsse, indem man sie selbst annimmt, verkehrt sich in sein Gegenteil.-

* Im Frühjahr ist es ja auch umgekehrt praktiziert worden. Damals hatte Bischof Staedel das Abkommen über die Einstellung der Arbeit unserer kirchlichen Jugend- und Frauenverbände zunächst abgelehnt. Der Volksgruppenführer fuhr aber zu Bischof Pacha nach Temeschburg, behauptete Staedel habe es angenommen u. bewog Pacha dadurch zur Unterschrift. Damit aber kehrte er zurück u. setzte Staedel durch die Behauptung, Pacha hätte von sich aus unterschrieben, unter Druck, was ihm nun gelang. - Staedel hat sich dieses und vieles andere nicht zur Warnung dienen lassen, sondern beschwört uns immer weiter, wir sollten Vertrauen in die Absichten der Volksgruppenführung mit der Kirche haben.

Daran wird besonders deutlich, wie sehr die Beschlüsse zur Schulfrage vor allem als Hebelwerk zur Kirchenzerstörung gehandhabt werden. Dem entspricht nun auch der weitere Ablauf der Angelegenheiten, wie er sich eben zu vollziehen begonnen hat. Statt gemäß Punkt 5 des durch die Fraktion im Landeskonsistorium diesem aufgezwungenen Beschlussantrages an die Landeskirchenversammlung nun deren Stellungnahme abzuwarten, ehe die Vertretungskörper der Gemeinden einberufen werden, hat man deren sofortige Einberufung erzwungen. Vor jeder Sitzung eines Presbyteriums (=Kirchenrates) und einer Gemeindevertretung (=Ortssynode) werden die für dieselben gebildeten Fraktionen zusammengerufen, propagandistisch vernebelt und mit Parteibeehl verpflichtet, Beschlüsse laut einem von der Partei herausgegebenen Vordruck durchzusetzen, in denen eine Reihe von Vorbehalten, die nach dem Landeskonsistorialbeschluss und dem ihn erläuternden Landeskonsistorial-Rundschreiben noch zu machen waren (vgl. Anlage D) fortgelassen ist (ich füge als Anlage D. eine Abschrift hier ~~mit~~ bei) Damit sollte erreicht werden, dass die Solidarität vernebelter und verschüchterter Gewissen sich schlagartig - ehe ein Erwachen möglich war! - über die ganze Volksgruppe ausbreite und deren führende Kreise in Bann schlage (die Mitgliederzahl in unseren Gemeindevertretungen ist so gross, dass die Männer von allermeist darin vertreten zu sein pflegen, - eine Folge jener heroischen Anstrengungen, die wir machten, um die Schulerhaltung durch Mehrleistung bei gleicher Steuerleistung für die rumänischen

Schulen wie die Rumänen aus Kirchensteuern in einer breitverankerten Solidarität der Gemeinden zu sichern). -Am erschütterndsten war für mich und unsere Dechanten (=Superintendenten), dass Bischof Staedel gestern und heute im Rahmen einer offensichtlich aus diesem Grunde (die andern Punkte einer langen Tagesordnung wurden nur anhangsweise abgehaspelt) einberufenen Dechantenkonferenz den Versuch gemacht hat: durch die Dechanten die Pfarrer zu beeinflussen, dass der Wille der Volksgruppenführung einheitlich durchdringe. Er hat dabei allerdings so tapfere ablehnende und sein Verhalten aufdeckende Stellungnahmen erlebt, dass er kaum so bald wieder eine Dechantenkonferenz einberufen wird.

Inzwischen hat sich nämlich folgendes ereignet:

Infolge der tiefen Erregung eines ganz grossen Teiles meiner Gemeinde, die durch meinen Aufruf ausgekostet wurde, sind Ausfertigungen davon, zuerst ohne meine Kenntnis und unbegreiflich rassch, in verschiedenste andere Gemeinden gekommen. Die so fortgepflanzte Erregung bewog zahlreiche Pfarrer, mich aufzusuchen und mir die Übermittlung auszutragen, so dass meine Aufrufe (als Beispiel einer Fühlungnahme mit der eigenen Gemeinde) wohl an ~~kaum~~ alle unsere Pfarrer gelangt sein dürften. Ich selbst hatte eine Versendung durch die Post erwogen und dafür auch einen Ratschlag für die Pfarrer konzipiert; dieser Weg wäre aber wahrscheinlich unwirksam geblieben, weil die in den Zensurenstellen arbeitenden, verkappten Vertrauensleute der Volksgruppenführung wohl mindestens einen ansehnlichen Teil der Briefe an der Erreichung des Zieles gehindert hätten. Wir sind ja mit allen unseren Äusserungsmöglichkeiten vollständig eingeschnürt.- Die Übermittlung der Aufrufe durch Amtsbrüder aber hat die Pfarrer weithin aktiviert. Wenn nichts anderes erreicht wäre, so ist damit die Vernebelung und Ungewissheit über die Pläne und Ziele der Volksgruppenführung durchbrochen.

Tatsächlich hat sich eine ansehnliche Reihe von tapferen Bauerngemeinden durch die Hinweise aus meinem Aufruf, der auf mir unbekannten Wegen vielfach auch in Bauernhände gekommen ist, aufrufen lassen, die Fraktionsanträge der Volksgruppenführung anzulesen und Beschlüsse zu erbringen, die wohl die Übergabe der Schulen aussprechen, aber zugleich die Aufrechterhaltung der äusseren Bestandsgrundlagen der Kirche durch Sicherung ihres Vermögens, ganz oder in entsprechenden Teilen, vorsehen. Wie hemmungslos die Volksgruppenführung ist, zeigt sie damit, dass sie in der ausschliesslich ihr dienstbaren Presse der Volksgruppe auch diese Gemeinden als solche anführt, die ihr gehorchen, also die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellt. Damit will sie erreichen, dass die Zaghaftigkeit in den

vielen Gemeinden, die noch vor der Beschlußfassung stehen, steigt und sie ihrem Willen dienlich werden. -Aber der Umstand daß die Dechantenkonferenz, schon vor einer Woche zusammentreten sollte, vom Bischof auf Anfang dieser Woche verschoben wurde, diese Absage jedoch die meisten von ihnen nicht erreichte, hat es mit sich gebracht, dass in der kritischsten Zeit zweimal einigermaßen Fühlung mit den sogenannten weitverstreuten Landgemeinden unseres bergigen Landes möglich wurde, - trotz den ungeheuren Reiseerschwerungen. Dadurch kann vielleicht auch die Vernebelung durch gefälschte Registrierung der Beschlußfassung tapferer Landgemeinden in den Zeitungen noch für manche der Gemeinden, deren Beschlüsse ausstehen, wieder zerrissen werden. Wir stehen ja, äußerlich betrachtet, in völlig hoffnungsvoller Position, da nicht nur der mit (für unsere Verhältnisse) ungeheuren Geldern aus dem Reich finanzierte Amtswalterapparat der Volksgruppenführung schlagartig und beweglich gegen uns funktioniert, sondern Bischof Staede ihr auch den Leitungsapparat der Kirche zur Verfügung gestellt hat. Daß dennoch eine weitreichende Aufraffung der Pfarrerschaft und durch sie in einer Reihe von Gemeinden eintreten konnte, empfinden wir mit tiefem Dank in den Herzen als besondere Hilfe Gottes und als seinen sichtbaren Fingerzeig, der uns im Mut und Ausharren bestärken will. Noch wesentlicher als der Umstand, daß eine Reihe von Gemeinden zur Ablehnung aktiviert wurden ist ja die Tatsache, die z. B. ich in unserer in ihrer Verarmung, Vereinsamung und propagandistischen Ausgeliefertheit schwersten Versuchungen ausgesetzten Pfarrerschaft nicht zugetraut hätte: daß, auch wo die Fraktionen ihren Standpunkt durchsetzten, die Pfarrer vielfach Minderheiten überzeugen konnten, eine Reihe von ihnen auch allein tapfer den gegenteiligen Standpunkt vertrat und dafür stimmte. Die Wirkung dieses Zeugnisses ist, daß nun nahezu alle Gemeinden wissen, daß ihnen der Ansturm gegen ihre Christlichkeit droht. Es gelang also endlich an dieser Stelle unseres seit über einem Jahr unter den Klauen der SS zurückgelegten Weges, das "kalte Verfahren" zu entlarven. Frühere Versuche in dieser Richtung drangen nicht durch, erweisen sich aber aus der Rückschau als Auflockerung des Bodens für den gegenwärtigen Saatwurf.

Wie schwer unser Weg weiterhin sein wird, ward mir in dem seelsorgefüllen Ringen mit den der Fraktion angehörenden Mitgliedern des Presbyteriums meiner Gemeinde klar. Wenn sie sich dem Parteidruck der Volksgruppenführung zu entziehen vermocht hätten, wären wohl alle mit mir gegangen. Doch sind sie mit wirtschaftlichem Boykott (es handelt sich um Kauffeute und Gewerbetreibende!), die im Sinne einer Gewissensentscheidung Hervortretenden unter ihnen sogar mit Konzentrationslager bedroht werden. Die Formel, auf Grund deren

der ihren Kern bildende Kameradschaftskreis alter Kämpfer sich geeinigt für den Parteiantrag zu stimmen entschloß, lautete: "Lieber gehen wir gemeinsam, auch auf dem bösen Weg, denn eine solche Ungerechtigkeit muss in sich selbst zusammenbrechen."

So ergaben sich in der Abstimmung 23 Stimmen für den Parteiantrag, 7 dagegen; 1 Mitglied war, trotzdem die Kirchenverfassung Stimmenthaltung verbietet, nicht zum stimmen zu bewegen und erlebte vor uns einen Nervenzusammenbruch.- Ich füge abschriftlich, damit Sie am Fall meiner Gemeinde in die Dinge näher hineinblicken können, als Anlagen Fl-4 noch bei: den seelsorgerlichen Rat an unsere Presbyter, das Schreiben an unsere Gemeindevertreter mit Beilagen, darunter mein Entwurf eines Beschlusses zu erschütterungsfreier Lösung der Frage, meine Berufung gegen den Presbyterialbeschluss und einen Durchschlag des Verhandlungsberichtes über die Sitzung unseres Presbyteriums.

■ Wie die Sache weitergehen und wo sie enden wird, ist in keiner Weise abzusehen, Es erweist sich als unsere größte Not, daß uns die Erweckungsbewegung des vorigen Jahrhunderts nicht erreicht hat. Die starke Befruchtung unserer Volkskirche aus der pietistischen Bewegung ist aber in den volkskirchlichen Formen, die ihr auszugestalten waren geschenkt ward, nicht mehr lebendig. Die kleinen Abklieger der Gemeinschaftsbewegung (Pfarrer Scherg) stärken als Gebets- und Bibelstundenkreise die tapferen Pfarrer, werden aber von der volkskirchlichen Gemeinde noch meist als fremdartig, fast sektiererisch empfunden. Wir stehen unter den 1. Petr. 4,17 umschriebenen Wirkungen.

Einen Hoffnungsstrahl sehen wir in der beginnenden Ermannung unserer Pfarrerschaft. Man schätzt, daß etwa ein Drittel standhaft bleiben wird; es sind sogar zur Festfügung einer Buchhaltungs- und Durchleidensgemeinschaft im Gange. Etwa ein Drittel gehört unserem clerus minor an, der hauptsächlich Lehrervorbildung hat, so dass er je jederzeit in die Reihen der starken Lücken aufweisenden Lehrerschaft zurückkehren kann; allerdings haben wir auch unter ihnen glaubensbefestigte und standbereite Brüder. Das ~~restliche~~ restliche Drittel schwankt zwischen Brotsorgen und Gewissensstürmen hin und her. Die aktivsten deutsch-christlichen Elemente sind in Amtswalter- oder Dienststellen der Volksgruppenführung übergegangen (erstaunlich wenige; fast ausschließlich die Fährden des 19326 ausgebrochenen innerkirchlichen Kampfes, womit sie noch nachträglich die damalige Haltung der Kirche legitimieren).- Diese Lage drängt die Frage auf: Ob Sie durch Wilmowski und andere Gönner seiner Art und ansehnliche Mittel, ■ nicht über die offizielle Kirchenleitung, darum auch aus privaten Quellen, rasch zukommen lassen könnten, aus denen wir standfesten Pfarrern den Lebensunterhalt und die Familienerhaltung sichern he

sichern helfen könnten. Denn der Volksgruppenführer hat den Plan, nach Zerschlagung des Kirchenvermögens und Umlenkung des Kirchensteuereinkommens in eine von ihm zu erhebende Volkssteuer die Pfarrer an seinem Brotkorb zappeln zu lassen. Er will denen, die sich zu ihm fügen, Übergangswiese ansehnliche Gehaltzulagen zu der völlig unzureichenden staatlichen Gehaltszuwendung auszahlen lassen, den standfesten diese aber verweigern. Endzeit ist nicht das negative einer Auflösung der Volkskirche, sondern das positive ihrer Umwandlung in Kulturgemeinschaften mit etwa Rosenbergs Ersatzgläubigkeit. Ein scheues Vorfühlen in dieser Richtung bedeutet schon heuer der Versuch, das Julfest am 21. Dezember, verbunden mit "Weihnachtsbescherung" in herkömmlicher Weise, wo die Pfarrer noch nicht wach sind durch NSV oder Frauenschaft in der Kirche feiern zu lassen: wo die Pfarrer wach sind, lautet die Weisung dahin, dass es nicht in der Kirche gefeiert werden dürfe.

Mein Schreiben ist trotz aller Absicht zur Kürze lang geworden, weil ich nicht weiss, ob und was ich ihnen noch schreiben kann. Bitte, tun Sie mit allen zugänglichen Freunden, für die diese Zeilen mit geschrieben sind, für uns, was Sie können.

In Glaubensverbundenheit
Ihr sehr ergebener
D. Friedrich Müller
Bischofsvikar

Abschrift!

3. Beilage.

Hermannstadt, 14. November 1941.

Seiner Hochwürden

Herrn Bischof Wilhelm Staedel

H i e r .

Euer Hochwürden !

Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen die beiliegende Abschrift meines Schreibens an den Volksgruppenführer zur persönlichen Kenntnissnahme zur Verfügung zu stellen. Der schwere Ernst der Lage, der durch die zitierten programmatischen Aussagen des Volksgruppenführers für die weitere christliche Verkündigung in unserer Volksgruppe nun offen zutage tritt, bewegt mich zu der Bitte an Sie, dass Sie auf Grund Ihrer kameradschaftlichen Vertrauensbeziehungen zum Volksgruppenführer die von ihm für die Verkündigung aufgeworfenen Fragen zu klären versuchen. Unabhängig von seiner persönlichen Glaubenseinstellung, für die wir nur zu Rat berechtigt sind, besteht die durch das Führerprinzip gegebene Lage. Greift in ihr der mit der Führung Betraute programmatisch in ihre religiöse Glaubensbildung ein, so besteht für die Gefolgschaft, wenn sie dem Führerprinzip treu bleiben will, wozu sich ja jeder Deutsche heute verpflichtet weiß, eine Zwangslage, die die Freiheit der christlichen Glaubensverkündigung ausschaltet. Dazu kann, wer an Christus glaubt, nicht schweigen, am wenigsten die zur Leitung in der Kirche Berufenen. Als solche müssen sie das in solcher Stunde gebotene Wort sprechen und darnach auch handeln.

1. Beilage.

Heil Hitler !

D. Friedrich Müller, e.h.

ikgs

Hermannstadt, 14. November 1941

Herrn

Volksgruppenführer Andreus Schmidt

Kronstadt.
Str. Nicolae Jorga 2

Volksgruppenführer !

Gestern abends 7 Uhr wurde ich aus der Kanzlei des Landeskonsistoriums telefonisch verständigt, das Stabsamt übermittle mir Ihre Weisung, ich solle mich bis heute 7 Uhr bei Ihnen melden. Ich habe auf demselben Wege heute früh mitteilen lassen, dass ich verhindert sei, Begründung folge brieflich, was hiermit geschieht.

Abgesehen davon, dass rein zeitlich keine Möglichkeit bestand, die Aut-Organisation zur Reise für Bischofen der Autobus rechtzeitig zu erhalten, bin ich auch dienstlich verhindert, da ich die Predigt für Sonntag vorzubereiten habe. Dazu kommt eine grundsätzliche Frage:

Als ich im Juli d. Js. in Angelegenheit der Eingliederung des Landeskundeverbundes zu den in Ihrer Stellvertretung amts handelnden Stabsführer gerufen und erschienen war, dachte er mir im Verlaufe der Unterredung, mir unmissverständlich in der Richtung eines Raumes im Hause der Volksgruppenführung deutend, wo damals drei bishinige Amtswalter der Volksgruppe hinter Schloss und Riegel saßen: "Wir werden mit Querschädeln fertig!" Vor kurzem aber wurde mir mitgeteilt, Sie hätten öffentlich gesagt: "Ich habe die Macht, Männer wie Dechant Kloster auf weniger als Brot und Wasser zu setzen."

Wie aus meinem gestrigen Brief an Sie - der fertig war, als Ihre Weisung mich erreichte, also von ihr unbeeinflusst ist - das Näheren hervorgeht, stehen zwischen Ihnen und mir ausschliesslich Dinge, die in die letzten Tiefen des Glaubenslebens hinabreichen. Die aber kann man unter einer Drohung wie der obigen nicht klären. Noch viel weniger kann man sie lösen, wenn jene Drohung verwirklicht wird.

Ich bin selbstverständlich bereit, Ihnen zur Verfügung zu stehen, aber so, dass es zeitlich und dienstlich möglich ist sowie an einem Ort und unter Bedingungen, sodass die jene Drohung und jeden Versuch ihrer Verwirklichung von vorneherein ausschalten.

Heil Hitler !

Abschrift.

Salmon 2

Verzichtserklärung Müllers auf die Parteianwartschaft

Herrn

Volksgruppenführer Andreas Schmidt

Kronstadt
Str. Nicolae Jorga 2.

Volksgruppenführer !

Ich bitte Sie, meinen Austritt aus der Reihe der Parteianwärter zur Kenntnis zu nehmen.

Ich begründe diesen Schritt wie folgt:

In der Folge der "Süd^{ost-}deutschen Landpost" vom 19. Oktober 1941, die mir jetzt erst zu Gesicht kommt, lese ich Ihre programmatische Aussage vor der Deutschen Jugend in Temeschburg vom 12. Oktober 1. J.: "Unsere Religion ist die deutsche Geschichte." - Am 29. September 1941 aber, wo ich landesabwesend war, so dass ich diese Rede auch erst später zu Gesicht bekam, sagten Sie laut "Südostdeutsche Tageszeitung", Folge vom 30. September 1. J., bei Eröffnung des WHW 1941/42: "Wo der Einzelne jedoch sucht, den Weg zu gehen, der persönliches Glück bedeutet, zielt das auf eine liberalistische Weltanschauung hin, die Materialismus bedeutet, und zwar besteht diese materialistische Haltung in der Er kämpfung eines nichtbestehenden Jenseits, das Glücklich- und Seligsein bedeuten soll."

Als einer, dem Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung nicht nur Beruf, sondern Leidenschaft im Dienste seines Volkes war, bin ich weit entfernt davon, die Bedeutung der Geschichte für das Volkserleben zu verkennen. Aber Geschichte ist Niederschlag dessen, was (im Völkerleben) geschieht, also etwas Bewirktes. Wichtig darüber ist der Bewirker. Für den religiösen Menschen ist das Gott. Religion (von religio = zurückbinden) fordert schon dem Wortsinne nach eine Neuverankerung des Geschöpfes, also des Bewirkten, im Wollen des Schöpfers, also des Bewirker. Wer das Geschaffene, also das Bewirkte, zum religiösen Letzten macht, kann der Gefahr nicht entkommen, dass es für ihn - ob er sich dessen bewusst wird oder nicht - an die Stelle Gottes tritt. Damit verstellt er sich selbst den Zugang zu Gott und kommt in die weitere Gefahr, in Zusammenhänge der Dämonisierung hineinzugeraten. Aus solchen Verirrungen sind, wo sie geschichtliche Kraft erlangen konnten, die allerverhängnisvollsten Verderbens- und Sprengwirkungen in den Völkern entstanden. In meiner Untersuchung "Völkerentwicklung und Christentum" (Kohlhammer, Stuttgart) und in meiner Schrift "Was ist Offenbarung?" (Krafft und Drottleiff A.G., Hermannstadt), habe ich darüber Näheres gesagt.

Vielleicht haben Sie sich mit dem Satz, dass unsere Religion

9. 8. 1941

die deutsche Geschichte ist, nur undeutlich ausgedrückt und mit Geschichte die Rasse als bestimmenden Quellgrund geschichtlicher Kräfte gemeint. In diesem Falle verweise ich der Einfachheit halber auf die Formulierung, die Prof. Eugen Fischer, der heute bedeutendste Sachkenner in allen Fragen der Rasse, in seinem hier gehaltenen Vortrag (das in Bukarest näher Ausgeführte kurz zusammenfassend) gebraucht hat. Sie besagt:

Mit den wissenschaftlichen Feststellungen über die ungeheure Bedeutung der Rasse ist das Gebiet der "transzendentalen" Kraftwirkungen und des von ihnen ausgehenden Geschehens nicht berührt. Ihnen gegenüber fällt der Rasse jene Rolle zu, dass sie für die Auswirkung des von ihnen ausgehenden Geschehens ein gesundes Organ zur Verfügung stellt, was insoweit ausschlaggebend ist, als jede Art geistiger Einwirkung in der Welt der Sichtbarkeit des geeigneten Organes bedarf, um zur Auswirkung zu gelangen.

Es gilt also für die Rasse als Hort der gesunden Quellkräfte geschichtlichen Geschehens genau das oben über die Geschichte Gesagte. Wie auch der beste Mutterboden nur dann die erwünschten Früchte hervorbringen kann, wenn er durch geeignete Samen befruchtet wird, bedürfen die Quellkräfte des Geschehens jenes ewig geheimnisvollen Einwirkens aus dem Willen des Schöpfers, Erhalters und Regierers der Welt, der Gott ist und bleibt.-

Was Sie mit der Stigmatisierung des Jenseitsglaubens als Materialismus meinen, kann man nur erraten; nach allen sonst gebrauchten Begriffen steht ja der Glaube an ein Jenseits in unaufhebbarer Gegensatz zum Materialismus. Denn der Materialismus will doch alles, was es gibt, irgendwie allein aus der Materie, dem Greifbaren, hier Fassbaren, also aus dem Diesseits, ableiten. Vermutlich bestimmt sie der Gegensatz des Idealismus zum Materialismus, und es bewegt sie der Drang, den Idealismus vor einer Verflüchtigung seiner höheren Antriebe in Wirklichkeitsfremdheit zu behüten. Aber gerade Plato, der Begründer des Idealismus, fasst zugrundeliegenden Ideen als Urbilder einer von ihm erschauten Geisteseinheit, die metaphysisch gesetzt sind, also als etwas transzendent Gegebenes, in einer Überwelt Verankertes. Alle Versuche, den Idealismus von diesem seinem Ausgangspunkt zu lösen, geraten in die besondere, von Kant unwiderlegbar klargestellte Gefahr, die Beziehung von Sein und Sollen des Menschen zu verfälschen. Dessen Trachten wird dann unfruchtbar oder verderbenwirkend, sei es, dass er von Skeptizismus, Relativismus und Agnostizismus befallen, sei es, dass er in Dämonisierung und Schwarmgeistigkeit verstrickt wird.

Gerade der idealistisch gesinnte Mensch kann die Verflüchtigung seiner höheren Antriebe in Wirklichkeitsfremdheit auf die Dauer nur vermeiden, wenn er sich vor Gott verantwortlich und von ihm ins Handeln für seine Nächsten gewiesen fühlt. Findet er in Hingebungsvollem Suchen diesen Gott, dessen Wollen uns Christus in voller Wahrheit offenbart hat, so lässt er sich nicht mehr durch seine so leicht abgleitenden Wünsche und Begehrungen, durch seine menschlich beschränkten und darum kurzschlüssigen und verfälschenden Zielsetzungen bestimmen, sondern gibt sich in Glaubensführung seinen Aufgaben in jederlei Gemeinschaft hin. -

Wohin entschiedene Angriffe gegen grundlegende Aussagen der christlichen Botschaft, wie Sie sie mit den zitierten Sätzen begonnen haben, führen können, möchte ich durch zwei Sätze des Führers belegen. Er sagt (Mein Kampf, Volksausgabe 1930, S. 293): "Bemerkenswert ist auch der immer heftiger einsetzende Kampf gegen die dogmatischen Grundlagen der einzelnen Kirchen, ohne die aber auf dieser Welt von Menschen der praktische Bestand eines religiösen Glaubens nicht denkbar ist. (....) Der Angriff gegen die Dogmen an sich gleicht deshalb auch sehr stark dem Kampfe gegen die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen des Staates, und so wie dieser sein Ende in einer vollständigen staatlichen Anarchie finden würde, so der andere in einem wertlosen religiösen Nihilismus."

Der Ernst dieser vom Führer so tief erkannten Gefahr ist zu schwer, als dass man dazu schweigen oder gar dabei mittun dürfte. Es geht um die Gesundung der Seele unseres deutschen Volkes, dessen hier siedelnden Teil Sie leiten. Gerade wer den Materialismus verabscheut, weiss, dass religiöse Verwirrung alle Lebensfunktionen eines Volkes schwerstens stören und diesem Verderbenswege öffnen kann.

Darum fühle ich mich von meinem Gewissen bestürmt, diese aus Liebe zu unserem Volk eingegebene Warnung niederschreiben und abzuschicken. Sie stellt zugleich die Begründung meines Austritts aus der Reihe der Parteianwärter dar. Als ich seinerzeit der NAF beitrug, geschah es in Kenntnis der klaren schriftlichen Losungen des Führers, deren Festlegung in Punkt 24 des Parteiprogrammes und seines Verbotes an die Partei, dass sie in Glaubens- und Kirchendinge sich einmische. Seit einem Jahr sehe ich mit wachsender Sorge, dass bei uns eine andere Haltung um sich greift. Ihre zitierten Angriffe gegen grundlegende Aussagen der christlichen Botschaft, autoritativ und programma-

tisch ausgesprochen, stellen die Gefahr, die ich sehe, so nachhaltig vor Augen, dass, wer sie sieht, seine Gewissensentscheidung nicht mehr hinausschieben kann. Die Parteibindung würde mich verpflichten, Ihnen auch da zu folgen, wo für mich gilt: "Man muss Gott mehr gehorchen denn den Menschen" (Apostelgeschichte 5,29).

Heil Hitler !

gez. D. Friedrich Müller, o.h.

Hermannstadt, den 28. Januar 1942.

Mü l l e r s S t e l l u n g n a h m e
g e g e n ü b e r S c h m i d t s A n g r i f f e n
v o r d e m P f a r r v e r e i n

Herrn

A n d r e a s S c h m i d t
Volksgruppenführer

K r o n s t a d t
Str. Nicolae Jorga 2

Volksgruppenführer!

Fußnote 8

Aus der mir überreichten Gleichschrift des Schreibens, das, versehen mit 22 Unterschriften, aus der Sitzung des Pfarrvereinsausschusses vom 27. Januar 1942 an Sie gerichtet worden ist, ersehe ich, dass Sie am Tage vorher vor diesem Ausschuss meine deutsche Ehre schwer angegriffen haben, indem Sie mich unter die Feinde des Reiches einreichten. Es wurde mir noch mitgeteilt, dass, als diese Anschuldigung noch während Ihrer Anwesenheit vor dem Ausschuss in der Aussprache mit tiefstem Ernst beleuchtet worden war, Fraktionsführer Dr. Schöpp sie dahin präzisiert hat, dass Sie mir subjektiv die guten Absichten zubilligen, dass aber mein Vorgehen objektiv als reichsfeindlich wirke, weil die einheitliche Haltung unserer Volksgruppe dadurch geschwächt werde; da diese Präzisierung in Ihrer Gegenwart erfolgt ist und Sie keine Richtigstellung daran vorgenommen haben, muss sie als authentische Wiedergabe Ihrer Meinung gelten. Wie andere Menschen in unserer Volksgruppe über meine wirkliche Haltung zum Reich denken, ersehen Sie aus der von allen in der erwähnten Ausschuss-Sitzung Anwesenden unterschriebenen Ehrenerklärung, die im Anschluss an die Wiedergabe Ihrer Rede in dem angeführten, an Sie gerichteten Schreiben enthalten ist.

Ich muss nun meinerseits diese Anschuldigungen zurückgeben. Der Feind des Reiches, dessen Vorgehen es verursacht, dass die einheitliche Haltung unserer Volksgruppe auf dem Gebiet, das hier in Frage steht, geschwächt erscheint, sind Sie. Es besteht zwischen uns das Verhältnis, wie es die bekannte Fabel zwischen Wolff und Lamm beleuchtet: Sie haben das Wasser getrübt, und weil ich gewagt habe, das festzustellen, wollen Sie mich erledigen.

Der Grund zu dieser Lage liegt in Ihrem Plan, auf dem Wege des sogenannten "kalten Verfahrens" - also mit möglichster Einschleierung und Einschüchterung der Betroffenen, damit kein allzu grosses Aufsehen entstehe - unsere Volkskirche, durch die unserer Volksgruppe in langen Jahrhunderten so viel Segen zugeflossen ist, zu beseitigen oder sie ihres christlichen Gehaltes zu entledigen.

./.

Diesen Plan haben Sie durch Ihre Eingeweihten entsprechend vorbereiten lassen und stehen nun in einer, der jeweiligen Lage sich anpassenden Durchführung, was ich durch die folgenden Hinweise beleuchten will:

I. Die Vorbereitung sah vor:

1. Die Ausnützung der immer ausschliesslicher zu gestaltenden Verfügung über die Presse und der Zensur über den Buchdruck, um:

a). die Möglichkeit christlicher Verkündigung durch Presse und Buchveröffentlichungen allmählich auszu schalten;

b). die gegenchristlichen Losungen und Angriffe allmählich in der Presse und in den Buchveröffentlichungen einzubürgern;

c). die öffentliche Meinung durch propagandistische Gängelung und einseitige Informationen von den Anliegen der Kirche abzulenken und ihr diese, wo sie sich doch geltend machen, zu vernebeln.

2. Die Ausnützung der vollen Erfassung unserer Volksgruppe in den Formationen und Gliederungen, um in den Schulungen schrittweise die gegenchristlichen Standpunkte vorzutragen.

3. Die Durchorganisierung von Fraktionen der Parteigenossen und Parteilanwärter in den kirchlichen Körperschaften, um dadurch auch das Innenleben der Kirche unter Ihre Befehlsgewalt zu stellen,

4. Die Verlockung junger Pfarrer zum Verlassen ihres Dienstes und die Verhinderung von Einreisebewilligungen ins Reich an Theologiestudenten, damit die Kirche allmählich aus Mangel an Nachwuchs im Pfarrerstand in die Zwangslage komme, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können.

II. In dem Mass, als Sie und Ihre Eingeweihten die Vorbereitung für genügend ausgereift hielten, traten Durchführungsschritte, wie folgt, zutage:

1. Sie beseitigten die Jugend- und Frauenverbände der Kirche mit Hilfe eines eigenartigen, aber geglückten diplomatischen Spieles. Das von Ihnen unterzeichnete Abkommen, das der Kirche das Recht einräumt, Frauenorganisationen und Arbeitskreise der Jugend für religiöse Betreuung zu bilden, führten Sie nicht nur nicht durch, sondern es ergingen sofort Geheimweisungen, dass jeder Versuch der Bildung solcher Organisationen und Arbeitskreise mit allen Mitteln zu verhindern sei, - schliesslich bekannten Sie sich öffentlich zu dieser Nichtachtung eines von Ihnen unterzeichneten Abkommens, indem Sie am 24. Dezember 1941 (vgl. "Südostdeutsche Tageszeitung" vom 24. Dez. 1941) durch Ihr Stabsamt kundmachen liessen: "Die (Frauen-)Vereine wurden aufgelöst und werden in keiner Form ihre Arbeit wieder aufnehmen". Es ist Ihnen nicht unbekannt - unter anderem habe ich Sie in meiner Ihnen am 10. Dezember 1940 überreichten Dankschrift, die Sie gelesen haben, darauf aufmerksam gemacht - ,dass der Grundsatz des allgemeinen Priestertums gerade die evangelische Kirche ihrem Wesen nach darauf hinweist, ihre Verkündigung auch durch Nichtgeis'

liche ausrichten zu lassen, wozu sie der Zusammenfassung solcher Helferkreise nicht entraten kann, - schon weil sonst gerade nach Ueberwindung des liberalistischen 19. Jahrhunderts, gegen dessen auflösende Erscheinungen eben unsere Volkskirche sich so wirksam gewehrt hat, diese in die Gefahr der Privatisierung und Liberalisierung der religiösen Beziehungen hineingeriete. Indem Sie sie an diesem Punkt in jene Gefahr hineinzudrängen versuchen, was Sie durch einseitige Eingriffe zur Beseitigung der Nachbarschaften verschärften, enthüllen Sie selbst schon damit, dass Ihr Endzweck die Auflösung der Kirche ist, da Sie die evangelische Kirche hindern, sich nach ihrem Grundsatz des allgemeinen Priestertums einzurichten.

2. Sie zwingen die kirchlichen Körperschaften durch die Fraktionen sowie durch schärfste Eingriffe und Drohungen Ihrer Amtswalter, im Zusammenhang mit der Uebergabe der Schulen Beschlüsse zu erbringen, die geeignet sind, die Kirche zu dem Zeitpunkt, in dem die Lage dazu reif ist, in den vollen Ausverkauf ihres Vermögens hineinzudrängen zu lassen (meine diesbezüglichen Nachweise sind Ihnen bekannt). Damit kann man dann, wenn auch die Kirchensteuer durch die kommende Volkssteuer unwirksam gemacht wird, die Erhaltungsmöglichkeiten für die Amtsträger der Kirche abschneiden oder diese durch Brotsorgen zur Untreue an ihrer christlichen Verkündigungsaufgabe zu zwingen versuchen. - Die durch die Fraktionen in den kirchlichen Vertretungskörpern und Behörden erlangte Verfügungsgewalt wollen Sie nun auch auf die Disziplinargerichte ausdehnen, indem Sie ein Disziplinarverfahren gegen mich durchführen lassen wollen. Ich erwähne das, weil ich aufmerksam machen möchte, dass ich wegen der dahinterstehenden Ziele von allen Mitteln der Verteidigung Gebrauch würde machen müssen. Denn das Disziplinarverfahren gegen mich ist ja nur ein Auftakt zur Einschüchterung und Ermüdung aller Pfarrer.

3. Sie haben, als Sie die Reaktionsmöglichkeit der Kirche für genügend ausgeschaltet hielten, persönlich mit öffentlichen Angriffen auf den christlichen Lehrgehalt hervorzutreten begonnen. Und zwar taten Sie es als Volksgruppenführer bei grossen Kundgebungen mit Einsatz der Ihnen durch die Betrauung mit der Volksgruppenführung verliehenen Autorität, z.B. am 29. September bei der Eröffnung des W H W 1941/42 und am 12. Oktober vor der Deutschen Jugend in Temeschburg. Sie können das nicht, wie Sie vor dem Ausschuss unseres Pfarrervereines versucht haben, damit decken, dass der Grundsatz der Religionsfreiheit auch Ihnen als Gottgläubigem gestatte, ihre Glaubensüberzeugung zu äussern. Wenn Sie Ihre nichtchristliche Glaubensüberzeugung ausser ihrer amtlichen Betrauung und ohne Einsatz von Formationen und Gliederungen der Volksgruppe mit ihrer Ihnen gegenüber bestehenden Gefolgschaftsverpflichtung äussern, wird Ihnen niemand daraus einen Vorwurf machen, sofern Sie auch ändern die Äusserung ihrer christlichen Glaubensüberzeugung in der gleichen Weise und vor den gleichen

penführer zukommende Gefolgschaftsverpflichtung in den Dienst der gegenchristlichen Werbung gestellt. Damit erschüttern Sie selbst bei den Christen die volle Bereitschaft zur Gefolgschaft, weil es doch gilt, "Gott mehr zu gehorchen als den Menschen".

4. Noch viel weiter sind Ihre Amtswalter mit Angriffen gegen die Kirche und die christliche Verkündigung gegangen. Ich nenne, damit dies Schreiben nicht zu lang würde, nur die Ausführungen Stabsführers Rührig in Mediasch kurz vor der Einführung des neuen Stadtpfarrers, die in der Pressewiedergabe stark abgeschwächt erschienen sind, - und die Ausführungen der Mädels-Referentin in der Landesjugendführung Melitta Baier vor Mädelführerinnen in Kronstadt, Schässburg, Mediasch und Hermannstadt. In Hermannstadt war die Erregung über die Angriffe der Letztgenannten gegen die christliche Auffassung des Weihnachtsfestes (sie hielt ihre Rede kurz vorher), gegen Christus selbst und gegen Luther so gross, dass viele aus Elternkreisen geradezu bestürzt wurden; die Mädels selbst haben M. Baier Ausführungen des Führers aus "Mein Kampf" entgegengehalten, und diese hat sich durch die Ausflucht geholfen: Entweder habe der Führer seine Absicht geändert, oder er habe geirrt. - Wie wollen Sie Unruhe in der Volksgruppe vermeiden, wenn Sie von den in Ihrem Namen Be-trauten Angriffe gegen Christentum und Kirche so aufsehenerregend vortragen lassen?

5. Vor Weihnachten 1941 schien Ihren Eingeweihten die Lage so reif, dass sie den Versuch gewagt haben, Julfest-Feiern mit Ausschaltung christlicher Lieder und christlicher Ansprachen in unseren christlichen Gotteshäusern durchzusetzen; erst als sie auf scharfen Widerstand stiessen, gaben sie den Versuch (vorläufig) ganz oder teilweise auf.

6. Die Pfarrer werden im Raume Ihrer Befehlsgewalt allmählich zum Freiwild, dem man den Anspruch auf Ehre, den jeder deutsche Mann hat, nicht mehr zubilligt. Der Vorsitzende des Pfarrervereines selbst ist in der Parteipresse (anonym!) scharf angegriffen worden. Es wurde Ihnen nachgewiesen, dass ihm persönlich und sachlich völlig Unrecht geschehen war, aber Sie haben keine Wiedergutmachung veranlasst. Wie das nun Ihre Amtswalter zu Angriffen auf die Pfarrer aneifern muss, kann man sich leicht vorstellen. Um von anderem zu schweigen, erwähne ich nur die handgreiflich brutalen Angriffe. Der Pfarrer Löw in Trappold, ein bekannt sanfter und unschuldiger Mann, wurde von Gebietsführer Fromm handgreiflich angefasst und die Treppe hin-übergestossen. Der Pfarrer Wagner in Jakobsdorf wurde von Kreisleiter Sauer ins Gesicht geschlagen und dann auf seinen Befehl durch nachgeordnete Amtswalter gewaltsam aus einem Raum des kirchlichen Gemeindehauses hinausbefördert, u.zw. weil er geäußert hatte, er halte es für undeutsch, wenn er seine Ueberzeugung einem Zwang folgend von einem Tag auf den anderen ändere. -

7. Damit die Pfarrer völlig isoliert werden, setzt man, wenn es

irgend geht, Schulungen, Beschäftigungen u.s.w. der Formationen und Gliederungen auf die Zeit der Gottesdienste an. Einspruch von Volksgenossen, die den Gottesdienst besuchen wollten und Urlaub verlangten, ist mit scharfen Ausfällen gegen die Kirche beantwortet worden. - Neulich erfuhr ich von einem völlig verlässlichen Mann, dass im Amt für Propaganda unter der besonderen Betreuung seines Leiters Walter May eine Dienststelle eingerichtet worden ist, der zur Aufgabe gestellt wurde, Mittel und Wege zu finden und sie dazu einzusetzen, dass in absehbarer Zeit bei uns niemand mehr in die Kirche gehe.

8. Wo Formationen und Gliederungen dafür genügend reif erscheinen, fordert man unter der Betonung, dass Christentum und Nationalsozialismus sich ausschliessen (entgegen Punkt 24 im Parteiprogramm und entgegen den klaren Feststellungen des Führers in "Mein Kampf") Unterlassung des Kirchenbesuchs, der Taufe, der kirchlichen Trauung. Das hat z.B. in Hermannstadt im Jahre 1941 eine Zunahme der Taufen gegen 1940 um 51 bewirkt, weil sich die Meinung eingebürgert hat, dass nach Uebernahme der Schulen den Parteianwärtlern die Taufe ihrer Kinder werde verboten werden. Wenn auch Ihre Amtswalter sich immer wieder die Geheimhaltung solcher Einflussnahmen ausbedingen, die dadurch über die Gemüter kommende Beunruhigung bricht doch durch. Auch haben Ihre Amtswalter die von Ihnen geübte Taktik des "kalten Verfahrens" nicht voll begriffen und haben sich im Fanatismus ersatzreligiöser Ergriffenheit (die immer kurzsichtig ist!) zu offener Bekundung ihres gegenchristlichen Einsatzes hinreissen lassen. Noch weiter als die oben in Punkt 4 erwähnten Amtswalter ging der Bannführer aus Mediasch. Er erschien am 7. Dezember 1941 zusammen mit der ihm gleichgeordneten Mädelführerin in der Gemeinde Rauthal und versuchte, die Jugend abzuhalten, dass sie den Gottesdienst an diesem landeskirchlichen Busstag besuche und am Abendmahl teilnehme. Als die männliche Jugend, die er zu Geländeübungen hinausgeführt hatte und durch einen Marsch von der Gemeinde wegzuführen trachtete, seine Absicht merkte und auf der Umkehr ins Dorf zwecks Teilnahme am Gottesdienst bestand, beschimpfte er sie, indem er die Kirche, das Abendmahl und den Pfarrer als "Dreck" bezeichnete. Die Kunde dieses Vorfalles, der die ganze Gemeinde Rauthal in höchste Erregung versetzte, hat sich wie ein Lauffeuer ausgebreitet und schwerste Besorgnisse unter unseren Bauern hervorgerufen. Wie wollen Sie angesichts der Tatsache, dass Sie solche Amtswalter auf unsere arme Volksgruppe loslassen, deren geschlossene und hingabevolle Haltung erreichen? Laden Sie damit nicht schwerste Schuld durch Spaltung und Schwächung der Gemeinschaftshaltung unter uns auf sich? -

Wenn Sie die Vorgänge, von denen ich hier nur eine kleine Auswahl angeführt habe, in ihrer Gesamtwirkung ins Auge fassen und daneben halten, was uns allen unsere Volkskirche seit je bedeutet hat und heute noch bedeutet, - dann dürfen Sie sich nicht

wundern, dass Ihr Plan, seine Vorbereitung und seine nun in Fluss befindliche Durchführung das Wasser der Stimmung unserer Volksgruppe bis in den tiefsten Grund trübt. Das geschieht, ob jemand, wie ich, den Müt findet, den Finger darauf zu legen oder nicht. Wenn ich den Finger darauf gelegt habe, so gerade darum, weil ich als glühend deutsch empfindender Mann alles tun möchte, dass wir diese grosse Zeit in der ihr gemässen Haltung durchstehen. Das ist nur möglich, wenn die Gründe der Verwirrung ausgeschaltet werden. Was mich persönlich betrifft, so kennt man mich aus einem langen arbeitsreichen Leben als stets die Einigung in der Volksgruppe betonend, suchend und tragend. Darum machen ich Ihnen auch jetzt den Vorschlag:

1. Lassen Sie ab von Ihrem Plan zur Beseitigung der Kirche und der christlichen Verkündigung in ihr.

2. Wählen Sie Ihre Amtswalter so aus, dass sie die Volksgruppe zusammenhalten und ausrichten, ohne das Christentum und die Kirche anzugreifen.

3. Lösen Sie die Fraktionen in den kirchlichen Körperschaften auf.

4. Geben Sie der Kirche die Möglichkeit, - ohne Behinderung des Besuchs ihrer Gottesdienste, ohne Herabsetzung ihrer Lehren in Schulungen u.dgl., ohne Verunglimpfungen und Ehrabschneidung gegen ihre Amtsträger, ohne Behinderung der Ausbildung eines Nachwuchses an Pfarrern, durch Eihräumung einer Verkündigungstätigkeit nach dem Grundsatz des allgemeinen Priestertums auch in der Presse, durch Buchveröffentlichungen, in Gemeindezusammenkünften und mit Hilfe von Gabensammlungen - frei zu arbeiten.

Sie werden dann in erstaunlich kurzer Zeit eine Beruhigung und Einheitlichkeit der Gesinnung in der Volksgruppe erreichen. Was wir Pfarrer dazu tun können, werden wir mit der an uns gewohnten Gemeinschaftshingabe tun.

Heil Hitler !

D. Friedrich Müller, e.h.

Bischofsvikar der Evang. Landeskirche A.B.
in Rumänien.



Fußnoten:

IX' Vergleiche meine Arbeit:

"Dokumente zur Demission des Sachsenbischofs D.Dr.

Victor Glondys"

2) vergleiche Verhandlungsbericht über die 37. Landeskirchenver-
sammlung

das Protokoll zur Wahl auf S.9 Die Abstimmungsergebnisse

C VII Rumänien 1 Allg. Band 9

3) Archiv der EKD

C VII Rum 1 Allg. Band 9

Aktenvermerk vom 22.3.1940 von Heckel

S.8 weitere Kandidaten (20 Stück)

S.9

4) vergleiche "Südostdeutsche Vierteljahresblätter 1969" S.262

5) C VII Rum 1 Allg Band 9/10

6) Über diese Begegnung wurde im KA leider kein Aktenvermerk
x angefertigt.

7) ~~aa~~ diese teile ich nicht mit

i k g s
Gustav Schmidt-Tomka
7801 EBRINGEN
Rehlingweg 7

Gustav Schmidt-Tomka
7801 EBRINGEN
Rehlingweg 7

Zur Frage des Berliner Zwangsaufenthaltes von Bischofsvikar
Müller im Sommer 1942

mitgeteilt von G. Schmidt-Tonka

Die "Südostdeutschen Vierteljahresblätter" brachten 1969 auf
Seiten 101-104 und 262-265 zwei Aufsätze von H. Zillich, in denen
er sich mit dem problemgeladenen Wirken und der Persönlichkeit
der damals kurz vorher heimgegangenen Sachsenbischofs Friedrich
Müller kritisch auseinandersetzt. Dem zweiten Aufsatz sind aus
der Feder des früheren Bukarester ev. luth. Dechanten H. K
P e t r i ergänzende und berichtende Bemerkungen vorausge-
schickt.

Im Verlauf meiner Forschungen im Archiv des Kirchlichen
Außenantes (KA) steife ich in der Abteilung C. VII: Rumänien
I Allgemeines, Band 10, auf einige Aktenvermerke, welche sicher noch
bestehende Probleme hinsichtlich eines auch durch Petri bestätig-
ten Berliner Zwangsaufenthaltes des damaligen Bischofsvikars
lösen werden und die Glaubwürdigkeit Müllers unterstreichen.
Allerdings steht die Frage nach der Persönlichkeit, der Müller
die Passrückgabe und die Erteilung des Ausreisevisums zu ver-
danken hatte, noch immer offen.

Ich lasse die Aufzeichnungen ohne jeglichen Kommentar folgen.

1

Bln.-Charlottenburg, den 22. Sept. 1942

A. 6591/42^{II}

1) Vermerk

Der Bischofsvikar Friedrich Müller -Hermannstadt erschien hier etwa Ende Juli überraschend mit der Mitteilung, er habe von der Dt. Gesandtschaft auf Veranlassung des Generalkonsuls Rhodde und der zuständigen Abteilung im A.A. einen Sichtvermerk für die Einreise nach Deutschland und die Wiederausreise nach Rumänien erhalten zwecks Schlichtung seiner Auseinandersetzung mit dem Volksgruppenführer Andreas Schmidt. Die Schlichtung der Sache solle unter Führung der Abteilung "Deutschland" des A.A. erfolgen. Kurz nach seinem Eintreffen im Reich wurde aus dem Paß des Bischofsvikars vom Polizeipräsidium Berlin der Wiederausreisesichtvermerk gestrichen. Dem Vernehmen nach geschah zunächst in der sachlichen Angelegenheit nichts. Es entstand hier der Eindruck, als ob man den Genannten lediglich in das Reich habe reisen lassen, um ihn hier festzuhalten und ihn auf diese Weise in Siebenbürgen los zu sein. Da das K.A. aus verschiedenen Gründen in der Angelegenheit nichts unternehmen kann, bleibt weiteres abzuwarten. [Im übrigen nehme ich auf meinen Vermerk vom 25.8. Bezug.]

H.pp.Na.

2) Iv. nach 14 Tagen (Stand der Sache).

1/10 42 vorgelegt
Bischofsvikar Müller

K.A.

Obabkousin
serial rat
Da Wahl war Pappa
1 (Wahl)
Kochen re...

2

Berlin-Charlottenburg, den 26. August 1942

Vermerk

2. A 659

Es erscheint auf telefonische Anmeldung Dr. Gunesch von der Volksdt. Mittelstelle. Dr. G., ein Siebenbürger Sachse aus Hermannstadt, bearbeitet in der Volksdt. Mittelstelle, deren politische Abteilung unter Dr. Kubitz steht, die Angelegenheiten Rumänien und Bulgarien. Dr. G. wies darauf hin, daß uns ja wohl bekannt sei, daß Bischofsvikar Müller im Reich sei. Er deutete an, daß bei der für heute geplanten Aussprache bei Herrn Triska -Referat D 5 Ausw. Amt- dem Bischofsvikar der Wunsch des Reiches kundgetan werde, daß Bischofsvikar Müller vor Beendigung dieses Krieges nicht mehr nach Siebenbürgen zurückkehren solle. Es soll ihm eine geeignete Beschäftigung angeboten werden. Dr. G. fragte nun, ob das K.A. gegebenenfalls dem Bischofsvikar in einer dt. Landeskirche eine Stelle vermitteln könne. Ich erwiderte, daß rein rechtlich gesehen eine Handhabe zur Unterbringung des Bischofsvikars in einer Landeskirche nicht gegeben sei, da das K.A. keine Besetzungsrechte habe und auch die einzelnen Landeskirchen nicht ohne weiteres frei über ihre Pfarrstellen verfügen könnten. Seine Vermittlung würde das K.A. nicht verweigern. Voraussetzung sei aber, daß Stadtpfr. Müller überhaupt dieses Angebot annimmt. Dies sei die entscheidende Frage, und ich müßte meine erheblichen Zweifel in dieser Angelegenheit äußern. Dr. G. erwiderte, daß dies natürlich auch die Voraussetzung seiner Frage sei. Er fragte noch, wer für die Besetzung der Professorenstellen an den ev.-theol. Fakultäten zuständig sei. Ich verwies an den Kultusminister und unterstrich, daß mir eine wissenschaftliche Verwendung des Bischofsvikars für diesen sehr viel geeigneter erscheinen würde.

de

de, als der Dienst in einer Landeskirche. Im Verlauf des Gesprächs wies ich wiederholt und eindeutig darauf hin, daß das Festhalten Müllers im Reich weder hier noch in Rumänien eine günstige Wirkung äußern werde. Auf der anderen Seite ließ ich durchblicken, daß ich nicht ganz verstand, weshalb man vor dem Bischofsvikar so große Besorgnisse habe. Es wurde deutlich, daß man sich vor irgendwelchen Auswirkungen hier oder in Rumänien nicht fürchtet, daß man das Hierbleiben Müllers sowohl vor der Volksgruppe wie vor den Rumänen ohne weiteres rechtfertigen zu können glaubt, zumal man voraussetzt, daß der Bischofsvikar seine Zustimmung zu der ganzen Angelegenheit gibt. Es war deutlich, daß das Ausw. Amt Müller unter keinen Umständen mehr hinauslassen wird, weil man seinen Kampf als Bedrohung empfindet. Was wird, wenn Müller nicht freiwillig auf sein Amt verzichtet und sich hier einsetzen läßt, wurde bei der Besprechung nicht weiter berührt; aber es dürfte klar sein, daß dann in anderer Weise verfahren wird. Ich unterstrich sehr deutlich, daß ich keinerlei Möglichkeiten hätte, auf die Landeskirche einerseits, auf Müller andererseits einzuwirken. Das K.A. habe weder rechtlich noch praktisch solche Möglichkeiten. Was den Unterhalt von Müller anlangt, so äußerte G. auf meine zweifelnde Bemerkung, es wäre mir unerfindlich, wovon Müller eigentlich hier lebe, daß für sein Leben selbstverständlich die politischen Stellen aufkommen müssen, da man ihn ja nicht verhungern lassen könne. Ich wollte bei dieser Frage gleichzeitig deutlich machen, daß wir ihm kein Geld gegeben haben. Ich bemerkte noch, daß ich ebenso, wie der Volksgruppenführer das ja auch getan hat, an eine subjektive antinationale Haltung Müllers nicht glauben könne, daß ich ihn in dieser Hinsicht vielmehr für eine anima candida halte. Dies wird wahrscheinlich von den politischen Stellen ohne weiteres zugegeben werden, aber das Vertrauensverhältnis ist der-

artig

ikgs

artig erschüttert, daß der Fall an sich irreparabel ist. Besonders übel hat man Müller genommen die Zweifel bezüglich des Ausganges des Krieges, die er gelegentlich seines Kampfes wegen der Übergabe des Schulvermögens geäußert hat. Es muß zugegeben werden, daß diese und auch die Art des Briefwechsels mit dem Volksgruppenführer eine völlige Unmöglichkeit sind, so daß es furchtbar schwer fällt, hier Müller irgendetwas zu sagen. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Besprechung bei Triska ausgeht,

Wahl
(Wahl)

Durchschlag

Aufzeichnung

An 2. Oktober 1942 wurde unter dem Vorsitz der Legationsräte Büttner und Tryska des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung getroffen, dass die zwischen Bischof Städel von Siebenbürgen Volksgruppe und Bischofsvikar Müller - Hermannstadt schwebenden Differenzen zur Vermeidung eines gerichtlichen Verfahrens gütlich beigelegt werden sollten. Die von Bischofsvikar Müller und Bischof Städel aufgenommenen Verhandlungen haben nach gegenseitigem Schriftwechsel zu nichts geführt. Bischof Städel hat das Material, soweit ich unterrichtet bin, dem Ausw. Amt zu weit Befinden zugeschiedt. Da eine Entscheidung bisher nicht gefallen, Massnahmen zur Wiederherstellung der Ehre von Bischofsvikar Müller, soweit hier bekannt, auch nicht ergriffen worden sind, steht Bischofsvikar D. Müller angesichts des herannahenden gerichtlichen Verjährungstermins vor der Frage, was er tun soll. Da er die Wiederaufnahme des gerichtlichen Vorgehens aus politischen Gründen vermeiden möchte, Bischof Städel die Initiative aber erneut an das Ausw. Amt abgetreten hat, wird nach meinem Dafürhalten ein erneutes Eingreifen des Ausw. Amtes zur Realisierung der am 2. Okt. 1942 getroffenen Vereinbarung nötig, um eine Beilegung der strittigen Sache herbeizuführen. Ich erlaube mir, die Anregung zu geben, den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches, Gesandten Neubacher mit der gütlichen Bereinigung der zwischen dem Volksgruppenführer, Bischof Städel und Bischofsvikar D. Müller schwebenden Differenzen zu betrauen. Durch entsprechende gegenseitige Erklärungen müsste diese leidige Sache, die in rumänischen Kreisen, insbesondere in der Rumänisch-Orthodoxen Kirche starke Beachtung findet und der Feindpropaganda unnötige Angriffspunkte bietet, ausgeräumt werden.

ikgs

A 7277

3

Aug 2

1.) Aufzeichnung.

Am 21.7. besuchte ich den Adjutanten des Staatssekretärs Freiherr v. Steengracht, Legationsrat Freiherr v. Mirbach (Wilhelmstr. 74).

Anlass der Unterredung war die Frage der weiteren Behandlung des Falles Müller, Hermannstadt. Nachdem ich Baron Mirbach kurz ins Bild gesetzt hatte, regte ich eine Aussprache zwischen Bischof Heckel und Staatssekretär v. Steengracht an, bei der die Sache besprochen und ein Beschluss dahingehend gefasst werden solle, dass das Auswärtige Amt im Anschluss an seinen Ausgleichsversuch vom 2. Oktober 1942 erneut in die Sache eingreifen und eine Wiederaufnahme des Prozesses verhindern solle. Freiherr v. Mirbach sagte die Herbeiführung einer Besprechung zwischen Bischof Heckel und Staatssekretär v. Steengracht zu, teilte aber mit, dass, da der Staatssekretär abwesend sei, die Aussprache erst in der nächsten Woche stattfinden könne. Da Bischof Heckel am 25. cr. verreist, muss die Angelegenheit entweder zurückgestellt oder in geeigneter anderer Weise von Seiten des Auswärtigen Amtes verfolgt werden. Baron Mirbach wollte sich deshalb mit Legationsrat v. Haften in Verbindung setzen.

Berlin, den 22.7.43.

2/ 84.

Signatur

Gerstenmaier 2

Bundestappresident
Fußnote 2: d. G. war zu jener
Zeit als theologisch-wissenschaftlicher Berater für das
KA tätig.

ikgsd. Dr. habil. G.

Berlin-Charlottenburg, den 29. Juli 1943. *Lang. Kirche*

4

A 7237

eing. 30. JUL 1943

1. Aufzeichnung.

(2. Aufzeichnung nach Anlage 2)

Am 27.7.43 rief Herr Kohlrep vom AA. an und bat um Teilnahme von Herrn Bischof D. Heckel an einer Besprechung mit Herrn SS-Brigadeführer Frenzel. K. wurde mitgeteilt, dass Bischof D. Heckel sich im Urlaub befinde, dass aber in seiner Vertretung der Unterzeichnete zur Verfügung stehe. Die Besprechung fand nachm. 16³⁰ h im Dienstzimmer des SS-Brigadeführers Frenzel, Rauchstr. 11, statt. Ausser dem Unterzeichneten und dem Brigadeführer nahmen an der Besprechung teil die Herren Kohlrep und Dr. Reich, Sachbearbeiter für volksdeutsche Angelegenheiten in der alten Abteilung Deutschland (Nachfolger von Tryska). Herr Frenzel bat in liebenswürdiger Form um die Darlegung der Auffassung des K.A. zu dem gegenwärtigen Stand des Falles Müller - Hermannstadt. Ich legte dar, dass das KA.

1. keinerlei kirchenregimentliche Zuständigkeit besitze, um die Beilegung des Falles selbst zu erwirken,

2. das KA. aber den Vorschlag mache, einen Vergleich herbeizuführen, ^{an der} Bischofsvikar Müller ^{zu} möge die Klage zurückziehen, ^{was} der auch im übrigen so ausfallen müsste, dass einigermassen Gewähr dafür geboten sei, dass sich Skandalfälle ähnlicher Art ohne weiteres nicht wiederholen könnten. Ich verlas anschliessend die Aufzeichnung, die Herr Bischof D. Heckel zur Sache gemacht hat und die ich Frenzel anschliessend übergab.

Das Gespräch bewegte sich zunächst kurz um die Einschätzung D. Müllers als Exponent, der gegen Städel bzw. der Volksgruppe gerichteten Opposition. Dabei teilte Herr Frenzel mit, dass gegen Müller seitens der Volksgruppe (richtiger gesagt wohl seitens Bischof Städel) die Einleitung eines Disziplinarverfahrens bei der Dt. Gesandtschaft in Bukarest beantragt worden sei

3. Diese Aufzeichnung

befindet sich in der Akte des KA

Werner - 1

sei. Die Gesandtschaft habe zurückgefragt, das A.A. aber hätte sich nicht bereitgefunden, die Verantwortung jetzt auf sich zu nehmen und die Sache an die Gesandtschaft zurückverwiesen. Offenbar ist das Disziplinarverfahren daraufhin unterblieben. Dr. Reich warf noch einmal die Frage auf, ob es dem KA nicht möglich wäre, D. Müller in das Reich zu rufen und eine entsprechende Stelle zu vermitteln, oder aber zur kirchlichen Besprechung des Falles hierher zu bitten. Ich erklärte darauf, dass ich nur unter der Voraussetzung dafür einzutreten in der Lage sei, dass dem KA die Unantastbarkeit und unversehrte termingemäße Rückkehr D. Müllers feierlich garantiert werde. Im übrigen sei ich der Auffassung, dass D. Müller aufgrund der Erfahrung bei seinem letzten Besuch wohl nicht entschliessen werde, einer Einladung in das Reich zu folgen. Dr. Reich fügte hinzu, dass die Sache irgendwie ausgeglichen werden müsse, da bereits der Staatsführer Antonescu damit befasst worden sei und aus Gründen des Ansehens des Volksdeutschtums im gegenwärtigen Augenblick öffentlich-gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden müssen. Ich brachte zum Schluss des Gesprächs zum Ausdruck, dass sowohl die DEK für sich selbst wie für das vom KA vertretene evangelische Auslanddeutschtum Wert darauf legen müsse, dass das Ansehen und der Geltung des deutschen ev. Kirchentums schädliche Vorgänge vermieden würden. Ich sei der Überzeugung, dass ein echter Interessenskonsens in diesem Falle zwischen Kirche und Reich bestehe. Das KA gelte deshalb anheim, mit geeigneten Mitteln einen annehmbaren Ausgleich herbeizuführen. Herr Frenzel erklärte die Angelegenheit weiter im A.A. zu klären und entsprechende Anweisung an die Dt. Gesandtschaft in Bukarest hinausbringen zu wollen. Die Lösung wie ich glaube schon vorweg sagen zu können, auf der vorgeschlagenen Linie gesucht und gefunden werden. Das Gespräch endete ohne eine weitere Frage zu berühren oder anzuschneiden. Jedoch bat mich Dr. Reich noch zu einer Besprechung in sein Zimmer in der er von vielen deutschen Fragen ausgehend, sich sehr rational verhält.

Konsens

4. Deutliche
Einsparung
Viel etc.

IKG

nach unserer Ansicht der Dinge erkundigte. Ich erklärte, in volksdeutschen Angelegenheiten nicht kompetent zu sein, da Reich aber ein Gespräch für sehr erwünscht erklärte, verwies ich ihn an Herrn. Bischof D. Heckel bzw. OER Dr. Wahl. Ich benutzte die Gelegenheit um in kurzen, aber völlig eindeutigen Ausführungen meine Auffassung von der total falschen Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten im A.A. in den letzten 1 1/2 Jahren zu demonstrieren, ohne Widerspruch von Dr. Reich, der sich bemühte darzulegen, dass er immer für eine planvolle Förderung der volksdeutschen Aufgaben der Kirche eingetreten sei.

2. Hiermit in den GG.

5 "wahrehaft"
offene Worte - Gedenkmäler
vielleicht stünde dies volksh. G.'s bei zu
seiner Verhaftung und eine gewissen Rolle
Rolle bei -
über die weitere Entwicklung der
Vorgänge befindet sich keine weitere
Aufzeichnung in den Akten
des K.A.K.G.S.

V1

Hermannstadt, den 28. Januar 1942.

Herrn

Obergruppenführer Werner Lorenz
Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle

Berlin W
Tiergartenstr. 18a

Obergruppenführer !

Ich bitte Sie, von der inliegenden Abschrift meines Schreibens an Volksgruppenführer Andreas Schmidt Kenntnis zu nehmen. Mein ganzes Leben dient dafür zum Zeugnis, dass ich überall den geschlossenen Einsatz der Volksgruppe im Dienste der deutschen Sendung betont und aus allen Kräften gefördert habe. Auch dass ich mich durch dieses Schreiben und seine Beilagen an Sie wende, ist ein Versuch dazu. Ich lege zugleich eine Abschrift der Ehrenerklärung bei - wie sie in dem Schreiben des Ausschusses an den Volksgruppenführer enthalten ist - , die mir der Ausschuss unseres Pfarrervereines heute überreicht hat, (desgleichen des von ihm an Herrn Bischof Staedel in dieser Frage gerichteten Schreibens). Wenn ich erwähne, dass unser Pfarrerverein alle unsere Pfarrer, ohne Unterschied der Richtungen, umschliesst, dass der Ausschuss sie satzungsgemäss alle vertritt sowie dass die Ehrenerklärung einstimmig angenommen und von allen Ausschussmitgliedern unterfertigt worden ist, ersuchen Sie, wie unbesonnen Volksgruppenführer Schmidt Gegensätze aufweist, wo er alle Gelegenheit hatte, sie zu schliessen, da sich ihm der Pfarrerverein auf seinen Wunsch zur Verfügung gestellt hatte.

Heil Hitler !

D. Friedrich Müller, e.h. 9. *Veigl Beil. IV*

Bischofsvikar der Evangelischen Kirche A.B.
in Rumänien.

3 Beilagen.



Erklärung des Pfarrers für die Volksgruppe

An den Volksgruppenführer
der Deutschen Volksgruppe in Rumänien
Andreas Schmidt

Kronstadt

Volksgruppenführer!

Vor den unterschriebenen Pfarrern, die zur Sitzung des erweiterten Pfarrvereins-Ausschusses unserer Landeskirche am 26. Januar 1942 in Hermannstadt versammelt waren, haben Sie erklärt:

Ich bin eine Zeitlang leidend gewesen und habe feststellen können nach meinen Erfahrungen, dass die Volksgruppe sich wieder einmal im Kampfe befindet. Ich möchte heute zu Ihnen sehr kurz sprechen.

Ich komme aus dem Reich und habe oft Gelegenheit hinauf zu fahren und mir die Dinge näher anzusehen, oft viel näher als mancher im Reich. Und da möchte ich Ihnen sagen, dass das deutsche Volk vor dem schwersten Kampf steht, den es im Laufe seiner Geschichte gesehen hat. Ich habe diesen Eindruck auch im Führerhauptquartier gewonnen.

Die Deutsche Volksgruppe hier hat eine grosse Geschichte. Es ist in der Geschichte immer so gewesen, dass die Kirche und die Volksgruppe immer einen gemeinsamen Weg gefunden haben, der günstig war für beide Teile.

Das ist die Frage, vor die ich heute die Kirchenführung stellen möchte: ob sie gewillt ist, mit uns den gemeinsamen Weg zu gehen, der für beide Teile gut ist, oder ob die Kirchenleitung nicht das Vertrauen zum Deutschen Reich hat.

Da müssen wir uns die Frage stellen, ob wir durch die Handlungen, die wir durchführen, das Volk in seinen Leistungen stärken oder ob wir das Volk schwächen.

Eines möge Ihnen klar sein! Rechts steht die Front derjenigen, die alles einsetzen im Kampf für das Volk, für das Reich. Links die Front derjenigen, die alles einsetzen, damit wir alles verlieren. Männer wie Müller und Möckel gehören zur linken Front. Ich möchte Ihnen eines sagen, dass solche Handlungen von Männern, wie die Herren Müller und Möckel das Volkstum im Reich schwächen. Diese Männer werden die Einreise ins Reich lebenslänglich nicht mehr erhalten. Sie handeln in einer Front mit den Demokratien, mit dem Bolschewismus. Und wer heute unsere Front schwächt ist unser Feind.

Wir stehen im Kampfe um Sein oder Nichtsein. Es ist niemals vorgekommen, dass man sich von der Volksgruppe gegen die Kirche ausgesprochen hätte. Wenn wir unseren Glauben manchmal auf einen anderen Wege suchen, zu Gott gelangen, dann ist das letzten Endes auch ein Ringen um einen Glauben. So wie wir Achtung vor der Kirche und vor den christlichen Bekenntnissen besitzen, fordern wir, dass man auch Achtung vor unserem Bekenntnis hat. Wir nennen uns einige Gottgläubig und fordern, dass man dieses Bekenntnis genau so achtet wie das christliche. Nicht dass man von uns behauptet, wir seien Heiden und Gottlose.

Wenn ich den Befehl gebe: Christentum und Kirche nicht anzugreifen, dann möchte ich sagen, dass man auch uns nicht angreifen soll.

Wie diese Verhandlungen in der Vermögenssache verlaufen, interessiert mich nicht. Es geht hier um die Frage: ob die Kirchenführung zur Volksgruppenführung steht oder nicht und zwar in ihren Handlungen.

Angesichts dieser Erklärungen stellen wir einstimmig fest, dass die beiden Amtsbrüder Dr. Friedrich Müller und Dr. Konrad Möckel ebenso gute deutsche Volksgenossen sind wie wir alle. Gleichzeitig empfinden wir es als ein schweres Unrecht, dass man uns Pfarrer und andere Gemeindeglieder, die in der Verteidigung der christlichen Verkündigung und kirchlicher Belange ihre Pflicht erfüllen, aus diesem Grunde zu Feinden des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes systematisiert.

Fussnoten

1. Oberkonsistorialrat Dr. Wahl war Referent für kirchenrechtliche Fragen im KA.

2. Bundespräsident a. d. Dr. habil. G. Gerstenmaier war zu jener Zeit als theologisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter für das KA tätig.

2. 3. Diese Aufzeichnungen befinden sich nicht in den Akten des KA;

4. Deutsche Evangelische Kirche

2 5. "wahrhaft offene Worte"- vielleicht trug dieses Verhalten Gerstenmaiers zu seiner Verhaftung in gewissem Masse bei.- über die Entwicklung der Vorgänge befinden sich keine weiteren Aufzeichnungen in den Archiven des KA.

6. Vergleiche Beilagen IV und V.

DOKUMENTE ZUR DEMISSION DES SACHSENBISCHOFS D; DR. VICTOR GLONDYS

Nach dem im September 1932 erfolgten Rücktritt des ehrwürdigen, beliebten und im achtzigsten Lebensjahr stehenden Bischofs D. Dr. Friedrich Teutsch wählte das ev. luth. Landeskonsistorium A. B. in Rumänien einen Nichtsachsen, D. Dr. Victor Glondys zu dessen Nachfolger.

Über die damaligen Vorgänge und die Lage zeichnet ein Gesandtschaftsbericht aus Bukarest ein überaus plastisches Bild.

" Deutsche Gesandtschaft
Bukarest

Bukasert, den 28. Oktober 1932

Bericht vom 25. Oktober 1932

Inhalt: Evangelische Bischofswahl in Siebenbürgen

I. Wahlaussichten der Kandidaten

II. Charakterisierung der Kandidaten

Die mit nebenbezeichneten Bericht gemeldete auf den 31. Oktober 1932 festgelegte Wahl des neuen Bischofs der evangelischen Landeskirche Augsburgischer Bekenntnisses in Rumänien ist auf den 14. November verschoben worden. Das Bild der Kandidaten hat sich inzwischen insofern verändert, als ausser den bisherigen Kandidaten Bischofsvikar Dr. Glondys - Kronstadt, Stadtpfarrer Müller - Hermannstadt und Pfarrer Städel - Kronstadt, noch Gymnasialdirektor Dr. Jekeli - Mediasch und Landesbischof Dr. Bendtorff Schwerin genannt werden. Die Kandidatur des mecklenburgisch-schwerin'schen Landesbischofs Dr. D. Bendtorff ist auf die Einwirkung der national-sozialistischen Kreise in Siebenbürgen zurückzuführen, die sich von der Zugkraft ihres bisherigen Kandidaten Pfarrer Städel - Kronstadt anscheinend keinen durchschlagenden Erfolg versprechen. Da Landesbischof Bendtorff aber inzwischen nach einigem Schwanken erklärt hat, dass er für den Hermannstädter Posten nicht kandidieren sollen, werden seine Anhänger voraussichtlich wiederum für Pfarrer Städel stimmen in der Hoffnung, dass bei den ungefähr gleichen

Stärkeverhältnis der beiden Hauptkandidaten Glondys und Müller ihre Stimmen eventuell den Ausschlag geben und somit den neuen Bischof in eine gewisse Abhängigkeit von der national-sozialistischen Selbsthilfebewegung bringen könnten. Nach wie vor sind Bischofsvikar Glondys und Stadtpfarrer Müller die aussichtsreichsten Kandidaten, ohne dass bisher gesagt werden kann, welcher Kandidat die grösseren ~~Aussichten~~ Aussichten hätte. Die Werbetätigkeit für beide Kandidaten hat inzwischen Formen angenommen, die stark an politische Wahlpropaganda erinnern und kaum mit den geistlichen Charakter der Wahl in Einklang gebracht werden können.

Nach den komplizierten Bestimmungen der Bischofswahl werden in jeder evangelischen Gemeinde von den Presbyterien 3 Kandidaten gewählt, aus deren Mitte die Mitglieder der 14 Bezirkskonsistorien der Landeskirchenversammlung je 6 Wahlvorschläge vorlegen. Die Landeskirchenversammlung, die sich aus den weltlichen und geistlichen Vorsitzenden der Bezirkskonsistorien sowie einer Anzahl von Lehrern und ad hoc gewählter Abgeordnete zusammensetzt, führt alsdann nach 2 Wahlgängen die Entscheidung herbei. Bei diesem System kann heute noch nicht übersehen werden, welcher Kandidat gewählt wird. Mit welcher Heftigkeit die Wahlpropaganda geführt wird, zeigt, dass bei der Wahl der Kandidaten in der zweitgrössten sächsischen Kirchengemeinde Kronstadt Pfarrer Müller überhaupt nicht gewählt worden ist und in der Landeshauptstadt die dortige evangelische Gemeinde unter den 3 zu wählenden Kandidaten den Bischofsvikar Glondys überhaupt nicht genannt hat. Obschon anzunehmen ist, dass Pfarrer Glondys oder Pfarrer Müller zum Bischof gewählt werden, so erscheint es doch nicht ausgeschlossen, dass letzten Endes Direktor Jekely gewählt wird, wenn es sich bei den letzten Wahlgängen herausstellen sollte, dass weder die Anhänger Glondys, noch die Anhänger Müllers die notwendige Mehrheit erhalten und die eine oder andere Partei sich daher auf einen dritten Kandidaten einigt.

Zur Charakterisierung der einzelnen Persönlichkeiten kann zusammenfassend folgendes gesagt werden:

Bischofsvikar Dr. Glondys: genialer Kanzlerredner, bedeutender Theologe und Philosoph, wissenschaftlich selbständiger arbeitender Gelehrter, vermittelt den starken Eindruck einer geschlossenen Persönlichkeit bei vollendeter Beherrschung der gesellschaftlichen Formen. Verfügt unter den intellektuell hochstehenden Kreisen des Burzenlandes über begeisterte Anhängerschaft. Erschwerend für seine Wahl dürfte die Tatsache sein, dass Glondys als Nichtsiebenbürger wenig Fühlung mit der Volksseele zu haben scheint, die sächsische Mundart nicht beherrscht und über geringe rumänische Sprachkenntnisse verfügt.

Stadtpfarrer Dr. Müller: Theologisch, pädagogisch und historisch hochgebildet, besonders eingehende geschichtliche Erfassung der Probleme, tief eindringender, aber in der Wirkung auf die Masse oft wenig glücklicher Kanzelredner. Siebenbürgisch-sächsischer Bauernsohn, glänzender Kenner der Mundart und daher innerlich tief begründetes Verhältnis zum Volk. Bemerkenswerter wirtschaftlicher Organisator und auf Grund der langjährigen Leitung eines Seminars und seiner Stellung als Schulrat im Besitze genauer Kenntnisse des Schulwesens. Als Schulrat in ständiger Fühlung mit der Zentralstelle in Bukarest und der Deutschen Partei; verfügt über gute rumänische Sprachkenntnisse.

Gymnasialdirektor Dr. Hermann Jekeli-Mediasch: wissenschaftlich und theologisch hochgebildet, ausgezeichnete Redner, auch als Schulmann hervorragend, durchdrungen von hohen sittlichen Empfinden, seltenes Pflichtgefühl und Arbeitskraft, jedoch anscheinend leicht beeinflussbare Persönlichkeit, rumänische und siebenbürgische Sprachkenntnisse.

Pfarrer Städel: hat sich bisher nicht nennenswert hervorgetan. Gegen seine Persönlichkeit ist nichts einzuwenden, doch ist anzunehmen, dass gerade seine Anhänger durch die Art ihres Wahlkampfes seine Aussichten eher verschlechtern als verbessern.

gez. Kirchkoltes "Luftnot" 1

Den Ausschlag zu Gunsten Glondys² ergaben die Stimmen des Burzenlandes³ und die sogenannten angeschlossenen Gebiete.⁴ Während seiner achtjährigen Amtstätigkeit spielte sich im Leben der deutschen Volksgruppe in Rumänien analog zum Reich ein oft unbrüderlicher, weltanschaulicher Richtungskampf zwischen den verschiedenen Gruppen ab. Dieser konnte auch vom Leben der Kirche nicht ferngehalten werden und es war nur selbstverständlich, dass dabei auch der begnadete und schlagfertige Redner, Bischof Glondys, nicht zurückhielt und tapfer gegen die Übernahme der Schulen durch die Volksgruppe und Bestrebungen, die die Interessen und die Existenz der Kirche gefährdeten, kämpfte.

Dies rief bei vielen, auch bei Männern der Kirchen, die dem Nationalsozialismus nahe standen, einen heftigen Widerstand hervor. Diese Herren warteten nur auf passende Gelegenheiten, Glondys zur Demission zu zwingen.

Im Sommer und Herbst 1940, während sich die Ereignisse im Südosten überstürzten, ~~unterzog sich Bischof Glondys~~ weilte Glondys in Berlin und unterzog sich einer gründlichen Untersuchung. Die ständigen Nervenbelastungen und Stresssituationen hatten seinen Gesundheitszustand dermassen angegriffen, dass ein Erholungsurlaub unbedingt erforderlich wurde. Auf Anraten der Ärzte begab er sich nach seinem Berliner Aufenthalt nach Badweis, um dort eine Badekur zu absolvieren. Die Mittel stellte zum grössten Teil das Evangelische Kirchliche Aussenamt zur Verfügung. In die Lenkung der Ereignisse in seiner Heimat vermochte er also nicht einzugreifen und war den Machenschaften seiner Gegner völlig ausgesetzt.

Auch im Reich kursierten Gerüchte, die von Rücktrittsabsichten des Sachsenbischofs wissen wollten.

In seiner Wiener Ausgabe vom 30. Sept. 1940 Nr. 274 verbreitete der "Völkische Beobachter" folgende Nachricht:

"Bukarest 29. September

Infolge der Verlegung des Sitzes der deutschen Volksgruppenführung von Hermannstadt nach Kronstadt und der Unmöglichkeit, seinen eigenen Wohnsitz dorthin zu verlegen, ist der bisherige Volksgruppenleiter von Rumänien Herr Dr. Wolfram Bruckner zurückgetreten. An seiner Stelle übernimmt Staatsleiter Andreas Schmidt die Leitung der deutschen Volksgruppe in Rumänien."

Mit ihm tauchte ein in Siebenbürgen bisher kaum bekannter, junger, gottgläubiger Kandidat der Rechtswissenschaften auf an der Spitze der Volksgruppe auf, der in der Alltagspolitik unerfahren und ein scharfer Gegner der christlichen Kirche war. Er bemühte sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, um den nicht gerade als Nazionalsozialistenfreund bekannten Glondys aus der Arena zu entfernen.

Um die Schwierige Lage aktenmässig zu beleuchten, ziehe ich einen Vermerk des Leiters des KA ⁵ Berlin Bischof D. Dr. Theodor Heckel über eine Besprechung mit dem Landeskirchenkurator der Evangelischen Landeskirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien Dr. Roth vom 6. November 1940 heran.

"Bei einem Gespräch, das der Landeskirchenkurator mit dem neuen Leiter der Volksgruppe, Andreas Schmidt, hatte, ~~er~~ eröffnete dieser dem Dr. Roth, dass der Bischof zurücktreten müsse. Als Grund gab er eigentlich nur an, dass der Bischof "nicht populär" sei. Er liess durchblicken, dass er den früher einmal wegen Ungehorsams disziplinierten Pfarrer Stadel als Bischofskandidaten in Aussicht genommen habe. Dr. Roth wies den Volksgruppenführer auf die durch diese Forderung hervorgerufenen Gefahren hin. Er erklärte, dass er die Entscheidung völlig dem Bischof überlassen müsse. Was die Nachfolgefrage anlange, so glaube er, dass im Falle einer Wahl Stadels ein Streit in der Kirche unausbleiblich sei.

Dies sei um so mehr zu bedauern, als z. Zt. keinerlei Differenzen in der Kirche vorhanden seien. Auf den Volksgruppenführer blieben diese Ausführungen nicht ohne Eindruck * und man unterhielt sich über mögliche andere Kandidaten. So wurde genannt der jetzige General- ~~und~~ dechant in Nordsiebenbürgen, Molitoris, der Dechant Glöckler und Stadtpfarrer Wagner in Schäßburg.

Molitoris dürfte aber jetzt in Bistritz unentbehrlich sein /wo er die Leitung des Generaldekanats in den siebenbürgischen Landesteilen Ungarns innehatte.^{6/}

Der beste Mann schien dem Unterzeichneten der Stadtpfarrer Wagner zu sein. Dieses Gespräch über etwaige Nachfolger war, wie betont werden muss, rein hypothetisch, da der Landeskirchenkurator die Haltung vertrat, dass der Bischof sich selbst entscheiden müsse. Bei einer Aussprache, die der Landeskirchenkurator mit dem Bischof hatte, gewann der den Eindruck, dass Bischof Glondys sehr ansmüde ist und kein rechtes Zutrauen zu der Fortführung seines Amtes offenbar besitzt. In diesem Sinn bestärkt ihn seine Frau. Den gleichen Eindruck hatte das K.A. aus den Briefen Bischof Glondys bisher jedenfalls gewonnen. Der Landeskirchenkurator wollte nun in Berlin sowohl mit dem Leiter der Volksdt. Middlestelle, Dr. Behrends, wie mit dem Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Ausw. Amtes, Gesandten v. Twanrdowski, sprechen und feststellen, ob tatsächlich bei den hiesigen politischen Stellen der Wunsch auf Rücktritt des Bischofs Glondys besteht. Gegebenenfalls wollte er auf die drohenden Konsequenzen hinweisen. Der Vertreter des K.A. wies deutlich darauf hin, dass schon der Übergang der Kirchenschulen auf die Volksgruppe eine Erschütterung für die Kirche ersten Ranges und eine Erschütterung der Dt. Kulturpolitik im Südostraum bedeuten. Eine solche Erschütterung würde vollends eintreten, falls ein Wechsel in der kirchl. Leitung eintrete. Es sei eine neue Barriere sowohl gegenüber Nordeuropa, wie den dt. Lutheranern in USA zu befürchten. Es sei unmöglich, die politische Frage mit der Bischofsfrage zu verquicken, es bestand also Einigkeit darüber, dass der Bischof nicht gehen dürfe. In diesem Sinn solle aber auch Roth mit den beiden politischen Stellen sprechen. Die Gesundheit des Bischofs Glondys darf für seine Entscheidung nicht massgebend sein.

Es sei besser, dass er im Amt sich opfere, als einer politischen Forderung weiche. Dies müsse man von einem Bischof erwarten. Die entscheidende Frage ist daher, ob der Bischof kämpfen will. Auf alle Fälle müsse aber in dem Falle seines Rücktritts sichergestellt werden, dass nicht Stüdel oder der noch drohende Pfarrer Benesch sein Nachfolger wird. Eine gewisse Erschwerung bedeutet es, dass der frühere Gauleiter von Siebenbürgen, Dr. Wolf, früherer Vertrauter von Fabricius, der sich mit der neuen Volksgruppenführung gutstellen will, wegen des angeblichen Nepotismus des Bischofs /Betrugung seines Sohns mit den Architektenarbeiten für das Diasporaheim/ mit Massnahmen drohe. Wolf hat anscheinend Material gesammelt und will dies gegebenenfalls nach Berlin spielen. Der Landeskirchenkurator, dem es nicht gelungen ist, Einblick in das Material zu erhalten, hält es für sicher, dass das Material nichts wirklich Belastendes enthält, deshalb könne der Bischof gegebenenfalls ruhig ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragen. Auch diese Angelegenheit sei deshalb kein Grund für den Bischof, den Kampf nicht anzunehmen.

2 Tage später sprach Roth nochmals hier vor. Es war ihm nicht gelungen, Dr. Behrends zu erreichen, dagegen hatte er mit Twardowski gesprochen. Dieser hatte aber erklärt, dass er ihm einen amtlichen Rat nicht geben könne; persönlich liess er es doch durchblicken, dass er es nicht verstehen könne, wenn der Bischof zurückträte. Bezüglich der Schulfrage hielt Twardowski eine Retardierung offenbar nicht für möglich. Trotzdem wird der Landeskirchenkurator zunächst in diesem Sinn arbeiten, um wenigstens noch den Abschluss des laufenden Schuljahres unter kirchlicher Führung sicherzustellen. Dr. Roth begab sich nach dieser Besprechung sofort nach Wien, um erneut mit Bischof Glondys zu sprechen. Bischof Heckel erklärte noch einmal, dass ein Rücktritt des Bischofs ihm nicht möglich erscheine. Er empfahl, dass der Bischof sich möglichst bald auf seinen Posten begeben. Es erscheine zweckmässig, wenn er dort in aller Ruhe seine bischöfliche Arbeit tue, ohne besondere

Aktionen durchzuführen. Eine rechtliche Möglichkeit zur Absetzung des Bischofs besteht für die Volksgruppe nicht."⁷

Die Herren des K.A. vertraten Roth gegenüber eindeutig den Standpunkt, dass Glondys keinesfalls zurücktreten dürfe. Allerdings waren die Berliner politischen Stellen weder dem K.A. noch Roth gegenüber zu definitiven Äusserungen über die Rücktrittsfrage zu bewegen. Am ¹⁰November 1940 teilt Glondys aus Wien dem Leiter des K.A. Bischof Theodor Heckel mit, dass er in absehbarer Zeit nach Hause fahren wird. Roths Berichte über Berlin hatten ihn stark beeindruckt. Er könne sich nun nach dessen Schilderungen keinen Rücktrittswunsch der Reichsämter vorstellen. Er hatte gewisse Repressalien gegenüber seiner Kirche befürchtet: "Nun will ich zurückfahren und die Dinge so gut es geht, ordnen." Von allen Aerzten wurde ihm eingeschärft, sich vorerst unbedingte Ruhe und Ausspannung zu gönnen, um seine Gesundheit nicht zu gefährden.

Kaum hatte der Bischof seine Amtsgeschäfte aufgenommen, als schon die gegnerische Seite zum allerletzten Schlag ausholte; darüber berichtet ein an das K.A. gerichtetes, am 12. 12. 1940 abgesandtes, dort allerdings nicht angelangtes, und nur aus einer Mitteilung an die Leitung des K.A. bekanntgewordenes Telegramm: "Schmidt fordert meinen sofortigen Rücktritt vom Bischofsamt und droht andernfalls schwersten Kampf an stop meine Antwort lautet: ich lehne diese Zumutung pflichtgemäss ab Glondys"

Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass Glondys, entgegengesetzt seiner Äusserung in dem eben angeführten Telegramm vier Tage später, am 16. 12. 1940 zur Demission genötigt sah. Schmidt und seine ~~Genossen~~ Gesinnungsgenossen waren ~~am~~ am Ziel angelangt und konnten nun frohlocken! Sicher war die Betroffenheit im Berliner K.A. unbeschreiblich, als man das schwerwiegende Ereignis aus einem Bukarester Bericht erfuhr. Die Nachricht war mit der Bemerkung versehen, dass Bischof Glondys seit vielen Jahren im Gegensatz zu den jüngeren nationalsozialistischen Kräften der deutschen Volksgruppe stand und die evangelische Landeskirche dadurch gelegentlich in schwierige Situationen gebracht hatte.⁸

Die Beweggründe, die zum Rücktritt des Sachsenbischofs führten, erfahren wir aus einer weiteren Depesche und aus dem Briefwechsel mit Auslandsbischof Theodor Heckel.

"Mein Rücktritt wurde veranlasst durch den Bericht, dass massgebende deutsche Stellen ihn wünschen und die hiesige Volksgruppenleitung hierin unterstützen. stopp Bischof Glondys" Das Telegramm trägt das Datum des 13. Januar 1941. In einem Brief an das K.A. gibt Glondys eine detailliertere Erklärung:

"Sehr verehrter, lieber Herr Kollege!

Im Anschluss an mein heutiges Telegramm habe ich das Bedürfnis, zur Abrundung des Ihnen bereits bekannten Bildes einiges hinzuzufügen. Ich habe mich entschliessen müssen, mit Rücksicht auf meinen angegriffenen Gesundheitszustand um meine Versetzung in den dauernden Ruhestand anzusuchen, nicht weil ich mich den Anforderungen meines Amtes nicht gewachsen fühle, sondern weil mir die Aerzte alle weiteren Aufregungen dringendst widerraten hatten, diese aber vollkommen unvermeidlich gewesen wären. Von Bedeutung für mich war der Umstand, dass, wie mir berichtet wurde, von massgeblicher deutscher Seite, zwar würdige Formen meiner Verabschiedung ins Auge gefasst wurden /was ich als einen Erfolg meines Telegrammes an Sie vom 12. Dezember v. J. betrachte/, in der Sache selbst aber das Opfer meines Rücktritts verlangt wurde, wenigstens lauten die hier eingelangten Berichte so. Ich beziehe mich auf den Bericht des Herrn Landeskirchenkurators Dr. Hans Otto Roth, der mir mitteilte, der gewesene deutsche Gesandte Dr. Wilhelm Fabricius habe ihn gebeten, mir zu sagen, ich möchte die mir von der hiesigen Volksleitung zuteil gewordene Behandlung als ungeschehen betrachten, die Angelegenheit werde auf ein völlig neues Geleise geschoben und in anständigster Form erledigt werden. Aber meine Frage, ob mir dies über den Gesandten als ein Wunsch Berlins bekanntgegeben werde und der Gesandte sich in diesem Sinne geäussert habe, bejahte er. Ich glaube aus dieser Sachlage die Konsequenzen ziehen und meinen Rücktritt bekanntgeben zu sollen. ..."

Im weiteren teilt er dann Heckel mit, dass der eingesetzte Prüfungsausschuss seine und seines Sohnes Handlungsweise im Zusammenhang mit dem Ausbau des Diasporaheimes ~~xxxx~~ in Hermannstadt für makellos hielt und damit die Vorwürfe gegen ihn entkräftet waren.

Warum
nicht im
Glocken?

"Von Interesse für Sie ist es vielleicht, dass ausser zahllosen Kundgebungen, die die gegen mich beobachtete Vorgangsweise verurteilen, und von der Leitung des Pfarrvereins ein Schreiben an mich gerichtet wurde, das meine Arbeit würdigt. Es ist abgedruckt in Nr. 53 der Kirchlichen Blätter 1940.

Für mich ist von höchster Wichtigkeit zu erfahren, ob es sich bei der gegen mich gerichteten Aktion lediglich um eine Unternehmung siebenbürgischer Kreise handelt oder ob meine Annahme berechtigt ist, dass ein Wunsch von befugter amtlicher deutscher Stelle dahinter steht. Dies würde selbstverständlich den ganzen Aspekt von Grund auf ändern. Ich darf Sie wohl bitten, mit Rücksicht auf die weittragende grundsätzliche Bedeutung dieser Frage, wie ich feststellte, schon in weiteren Kreisen des Protestantismus auch ausserhalb Deutschlands Aufsehen erregt hat, mir möglichst rasch einen Bescheid zukommen zu lassen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
Glondys "

Diese letzte Frage im Brief vermochte Heckel nicht eindeutig zu beantworten, da er nicht allseitig unterrichtet war. ⁹

Der ~~nach~~ seit dem 15. Februar 1941 im dauernden Ruhestand lebende Altbischof wusste nicht, wie sich seine Lage vorerst im einzelnen gestalten würde. Am liebsten wäre er bald nach Deutschland übergesiedelt? allerdings hing dieser Plan von der Erledigung der ominösen Angelegenheit eines von nicht feststellbarer Behörde zugesagten Ehrensoldes ab. Keine Dienststelle im Reich wollte diese Zusage getan haben. Die Angelegenheit taucht in den Akten von Zeit zu Zeit auf, aber Glondys erhielt nie einen Pfennig.

/2

In der Folgezeit hat er dann seine theologisch-philosophische Arbeit wieder aufgenommen und gründete in Hermannstadt einen theologisch-wissenschaftlichen Arbeitskreis. Diese "kleine Akademie" trat unter seiner Leitung ca. halbjährlich zusammen, um sich in zeitgemässe Fragen der Theologie zu vertiefen.

Einen wertvollen Mitarbeiter fand er im Kronstädter Stadtpfarrer Möckel, der durch Schmidt ebenfalls heftig bekämpft wurde. Diese Arbeitsgemeinschaften waren selbstverständlich völlig frei von jeglicher Alltagspolitik und waren rein theologisch ausgerichtet. Dass Altbischof Glondys auch nach seinem Eintritt in den dauernden Ruhestand durch Organe und Amtswalter der Volksgruppe sogar in seiner wissenschaftlichen, ja seelsorgerischen Tätigkeit behindert und behelligt wurde, zeigt ein unten zitiertes Schreiben des zur Volksgruppenführung im Gegensatz stehenden Stadtpfarrers Möckel an das Staatsamt der Volksgruppe. Es lautet:

"Konrad Möckel
Kronstadt

Kronstadt, am 8. August 1942

An das

Staatsamt der Deutschen Volksgruppe in Rumänien

Kronstadt, Iorga-Strasse 2

Sie haben mir gestern einen Brief geschickt vom 7.8.1942, der folgendermassen lautet:

Geistliche Woche in Kronstadt vom 8.-14.8.1942

Unter Bezug auf die in der Presse veröffentlichten Nachricht von der beabsichtigten Abhaltung einer geistlichen Woche in Kronstadt, teilen wir mit, dass Herr Glondys aus politischen Gründen nicht sprechen darf.

Sie werden in diesem Falle persönlich für die Einhaltung dieser Anordnung des Volksgruppenführers verantwortlich gemacht.

~~gemacht~~

Heil Hitler!

i.A.

Rudolf Sonntag
Geschäftsführer

Am gleichen Vormittag brachte die Post ein amtliches Schreiben des Landeskonsistoriums, in dem Herrn Altbischof D. Dr. Viktor Glondys die ausdrückliche Ermächtigung erteilt wird, in Kronstadt vor geschlossenem Teilnehmerkreis zu sprechen.

Herr Altbischof D. Glondys hat mittlerweile fernmündlich erklärt, dass er nach dieser Stellungnahme des Staatsamtes auf die Abhaltung seiner Vorträge verzichtet.

Ich mache folgende Feststellungen:

1. Herr Altbischof Glondys ist seinerzeit vom Landeskonsistorium der ev Kirche mit der ausdrücklichen Feststellung verabschiedet worden, dass gegen ihn nichts vorliege und er in allen Ehren aus dem Amte scheide. Der Herr Altbischof ist weit über die Grenzen unserer Landeskirche als hochgebildeter und besonders befähigter Fachmann bekannt.

2.

2. Es ist noch in der Erinnerung unserer breiten Öffentlichkeit, dass Herr Bischof Staedel in der Zeit, als er in schärfstem Gegensatz gegen die damalige Kirchenleitung aus dem Amte ging, wiederholt in grosser Öffentlichkeit bei Veranstaltungen mit ausgesprochen politischen Charakter gesprochen hat.

3. Bei der geistlichen Woche in Kronstadt handelte es sich um eine ganz streng kirchlich-theologische Aufgabe, die sich der Herr Altbischof gestellt hat. Die Vorträge waren - im ~~dem~~ Einverständnis mit dem Herrn Altbischof - so angesetzt, dass auf gar keinen Fall eine Sensation daraus hätte werden können, denn um 9 Uhr vormittags am Werktag kann erfahrungsgemäss nur ein ganz kleiner Kreis wirklich am Leben der Kirche interessierter Menschen zu einer derartigen Veranstaltung zusammenkommen.

4. Aus den beiden, einander widersprechenden Entscheidungen, die ich am gestrigen Tag erhielt, geht hervor, dass das Staatsamt eigenmächtig, ohne Fühlungnahme mit der Kirchenleitung in eine rein innerkirchliche Sache störend eingegriffen hat. Es liegt also ein schwerer Fall der Behinderung kirchlicher Lehre und Verkündigung vor, der in schärfstem Gegensatz zu den in dem "Gesamtabkommen" von der Kirche gemachten Zusicherung steht.

Ich behalte mir ~~vor~~ in dieser Sache alle möglichen Schritte vor, um das Recht und die Ehre der Kirche zu schützen.

Heil Hitler!

Stadtpfarrer
Möckel" 10

In den Stunden des Zusammenbruchs verliess der Altbischof seine Heimat nicht. 1946 versuchte er sein früheres Vorhaben nach ~~Rückkehr~~ Deutschland umzusiedeln zu realisieren und wandte sich an das ehemalige K.A. Doch dieser Wunsch ~~ging nicht in Erfüllung~~ konnte nicht erfüllt werden.

"D.Dr. Viktor Glondys
Emerit. Bischof der evang. Landeskirche
A.B. in Rumänien

An das Kirchliche Aussenamt der deutschen evangelischen Kirche

Mit Rücksicht auf meine besondere Lage beehre ich mich, der deutschen evang. Kirche meine Dienste anzubieten.

Es dürfte bekannt sein, dass ich wegen meiner antihitlerischen Haltung durch Jahre hindurch bekämpft und schliesslich

infolge der Forderung meiner Demission durch die deutsche Gesandtschaft in Bukarest mit Rücksicht auf die unabsehbaren Folgen für meine Kirche im Jahre 1940 zur Amtsniederlegung veranlasst wurde.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand habe ich zum Zwecke der Vertiefung des evangelischen Glaubenslebens eine "Gesellschaft der Lutherakademie" in Hermannstadt gegründet, deren öffentliche Vortragsveranstaltungen sich eines grossen Zuspruchs erfreuen.

Bei den grossen internationalen Veranstaltungen der evang. Kirche habe ich Jahr hindurch mitgearbeitet und bin wiederholt als Referent und Vortragender hervorgetreten, so beim Lutherischen Weltkonvent, beim protestantischen Weltverband, beim Verband für Innere Mission und Diakonie, bei den grossen Veranstaltungen des Gust. Ad. Vereins, bei den Kongressen in Hemmen, der Lutherakademie in Sondershausen, den Aufbauwochen in Bromberg, Wien und anderwärts, habe in Jena theologische Gastvorlesungen gehalten, in vielen Städten religiöse Vorträge geboten, die von mir begründeten Bischofskonferenzen zur Förderung des kirchlichen ~~Lebens~~ Lebens jahrelang geleitet, ein evangelisches Schulungsheim bei Hermannstadt begründet usw., so dass ich glaube annehmen zu dürfen, meine Mitarbeit für den inneren Wiederaufbau unseres evangelischen Kirchenwesens könnte von Nutzen sein.

Ich fühle mich mit meinen 63 Jahren voll arbeitsfähig und wäre auch mit einem bescheidenen Posten, der mich und meine Frau ernähren könnte, vollauf zuzufrieden.

Ich bitte um gütige Antwort an die untenstehende Anschrift.

Mit glaubensbrüderlicher Begrüssung

ergebenst

gez, D.Dr. V. Glondys " ll

Fussnoten

- 1 Archiv des Kirchlichen Aussenamtes
C VII Rumänien I Allgemeines 1932
- 2 vergleiche auch "Das Evangelische Deutschland"
Nr. 27 vom 20.11.1932
und "Der evang. Pressendienst"
Nr. 90 vom 15.11.1932
"Der neue Sachsenbischof"
- 3 vergleiche Gesandtschaftsbericht
- 4 "Süddeutsche Vierteljahresblätter"
Jahrg. 1969 ~~S. 261/262~~ S. 261
- 5 Kirchliches Aussenamt abgekürzt als "K.A."
- 6 Vermerk des Verfassers
- 7 C VII Rumänien I Allgemeines Band 9 1940
- 8 DNB-Sonderbericht über Bukarest vom 19.12.1940
- 9 Antwort an Glondys vom 25.1.1941
- 10 C VII Rumänien I Allgemeines Band 9
- 11 II C VII Rumänien I Allgemeines Band 11